

Substanzielles Protokoll 120. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 9. Dezember 2020, 20.00 Uhr bis 23.03 Uhr, in der Halle 7
der Messe Zürich

Vorsitz: Präsidentin Helen Glaser (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Derek Richter (SVP)

Substanzielles Protokoll: Paulina Kerber

Anwesend: 120 Mitglieder

Abwesend: Tobias Baggenstos (SVP), Alexander Brunner (FDP), Marco Denoth (SP), Thomas Schwendener (SVP), 1 Sitz vakant

Der Rat behandelt aus der von der Präsidentin erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 1. | Mitteilungen | |
| 14. | 2020/396 | Weisung vom 16.09.2020:
Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2021 (Detailbudgets und
Produktgruppen-Globalbudgets) |
- FV

Mitteilungen

Die Mitteilungen der Ratspräsidentin werden zur Kenntnis genommen.

Geschäfte

3330. 2020/396

Weisung vom 16.09.2020:

Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2021 (Detailbudgets und Produktgruppen-Globalbudgets)

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 119, Beschluss-Nr. 3330/2020).

Beschlüsse:

PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT

Antrag 006.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Florian Utz (SP): Bei vielen Gewerblernen und Gewerblern ist die Not gross. Viele Menschen müssen sich fragen, wie sie Ende des Monats die Miete zahlen sollen. Sie wissen nicht, wie sie ihre Familie in dieser schwierigen Zeit, in denen die Einnahmen häufig von einem Tag auf den anderen wegfallen, ernähren können. Die Aussichten sind kurzfristig nicht sehr gut und werden mit den neuen Massnahmen des Bundesrats auch nicht besser, auch wenn ich die Massnahmen persönlich für richtig halte. Der Kanton unterstützt die Gewerbler und Gewerblernen mit der kantonalen Härtefallregelung, die mit 200 Millionen Franken dotiert ist. Sie umfasst zinsfreie oder zinsgünstige Kredite und A-fonds-perdu-Beiträge. Leider hat dieses Netz aber Lücken. Start-ups fallen beispielsweise durch die Maschen des Netzes, weil der Kanton sich auf die erzielten Umsätze aus den vergangenen zwei Jahren bezieht, die bei Start-ups noch relativ klein sind. Die SP stellt deshalb einen Antrag für eine subsidiäre Härtefallregelung. Sie gibt dem Stadtrat die Möglichkeit, bei diesen Lücken – die wir extra nicht spezifizieren – einzugreifen und auf Neuentwicklungen von Härtefallsituationen zu reagieren. Es ist uns wichtig, dass der Stadtrat ein Budget zur Verfügung hat, um schnell und flexibel handeln und Massnahmen unter 2 Millionen Franken beschliessen zu können. Wir möchten dem Stadtrat ein Budget von 10 Millionen Franken bewilligen, mit der Möglichkeit, das Geld über eine Kreditübertragung an eine andere Dienstabteilung auszugeben. Mit dieser flexiblen Lösung können viele Ängste und Sorgen aufgenommen und gleichzeitig Arbeitsplätze gesichert werden. Es ist das Gebot der Stunde, das Gewerbe zu unterstützen, damit wir nach der Krise da weitermachen können, wo wir vor der Krise standen. Es gilt, eine Konkurswelle und damit eine Negativspirale mit den Folgen von weniger Kaufkraft, mehr Arbeitslosigkeit und einer tieferen Rezession zu verhindern. Die Weisung ist eine sinnvolle Massnahme und stellt

neben der Mietzinsreduktion, dem Gebührenerlass und der Nothilfe eine der vier Säulen dar, mit der der Stadtrat das notleidende Gewerbe unterstützen kann.

Johann Widmer (SVP) beantragt Abstimmung unter Namensaufruf für die erste der gleichgerichteten Abstimmungen: *Die Corona-Pandemie traf einzelne Branchen besonders hart. Dazu gehören Hotels, Restaurants, Clubs und auch kleine Geschäfte und Betriebe. Viele selbstständige Einzelunternehmer wurden hart getroffen – es stehen Existenzen auf dem Spiel. Auch wir möchten verhindern, dass ganze Branchen Konkurs gehen und Zürich seine vielfältige Gastronomie verliert. Gewerbebetriebe und Einzelunternehmen, die vor der Corona-Krise gesunde Betriebe waren, sollen jetzt nicht Konkurs gehen. Ihre Arbeitsplätze und Strukturen müssen erhalten bleiben. Es handelt sich hier um eine einmalige Massnahme in einer speziellen Situation. Sie ergänzt, sofern nötig, die Unterstützung von Bund und Kanton und stellt die notwendigen Mittel bereit, um die Unterstützungsleistungen tätigen zu können. Die von uns beantragten 15 Millionen Franken sind dafür richtig eingesetzt. Die linke Ratsmehrheit will nun aber im Gesundheitsdepartement (GUD) 15,5 Millionen Franken für die Entlastung des Pflegepersonals und für Einmalzulagen von etwa 2000 Franken pro Mitarbeiterin ausgeben. Es ist mir ein Rätsel, wie man den Gewerbetreibenden oder Serviceangestellten, die arbeitslos wurden, erklären soll, dass sie auf Unterstützungsmassnahmen verzichten sollen, während gleichzeitig Personen mit einem sicheren Job bei der Verwaltung oder bei einem Staatsbetrieb einen Bonus ausbezahlt bekommen. Einmalig 15 Millionen Franken im Budget für den Erhalt von Arbeitsplätzen einzustellen, sollte insbesondere eine grosse Unterstützung bei der SP, den Grünen und bei der AL finden. SP, Grüne und AL wollten diesen Betrag nämlich für kostenfreie Badeanstalten unter dem Vorwand der Sportförderung ausgeben und an ihr Klientel verteilen. Die 15 Millionen Franken werden nun aber, wenn nötig, an das Gewerbe für subsidiäre Massnahmen ausgezahlt. Grundsätzlich möchten wir Unternehmer und Gewerbler nämlich kein Geld vom Staat – wir möchten gute Rahmenbedingungen. Die Pandemie mit dem Lockdown im Frühling und die staatlichen Schliessungen der Betriebe stellt in jeder Hinsicht eine noch nie da gewesene Krise dar. Da wir Klarheit haben möchten, wie diese Fraktion zum Gewerbe steht, verlangen wir bei der ersten Abstimmung Namensaufruf.*

Shaibal Roy (GLP): *Bei den 5 Millionen Franken handelt es sich im Wesentlichen um einen Kompromissantrag und eine Handlungsanweisung an den Stadtrat. Die bisherige Form von subsidiären Massnahmen für die Unterstützung des Gewerbes in Folge der Corona-Pandemie soll fortgeführt werden. Allerdings soll eine Überführung des Notrechts in geordnete Bahnen von Aufgabenbeschlüssen erfolgen. Die 5 Millionen Franken sind als Rahmen zu betrachten, der aus heutiger Sicht mit viel Optimismus unterlegt vielleicht sogar für die gezielten subsidiären Massnahmen ausreichen könnte. Man könnte darunter durchaus auch den Mieterlass subsumieren. Die Massnahmen sollen vom Stadtrat definiert und falls nötig dem Gemeinderat zur Bewilligung unterbreitet werden. Sollte dies wider Erwarten nicht ausreichen, steht dem Stadtrat jederzeit der Weg über einen Nachtragskredit offen, der auch eine erneute Beurteilung aufgrund der aktualisierten Lage erlaubt. Ein grösserer Rahmen – wie von der SP oder SVP vorgeschlagen – weckt ein wenig den Eindruck eines Markteingriffs. Die langfristige Sicherung von Arbeitsplätzen kann sicherlich nicht mittels subsidiärer Unterstützungsmassnahmen erfolgen. Sie sind eine temporäre Massnahme. Der überdotierte Antrag der SVP überrascht mich auch deshalb, weil die SVP sonst immer appelliert, Mass zu halten.*

Weitere Wortmeldungen:

Severin Pflüger (FDP): *In der Regel enthalten wir uns, wenn es nicht unser Budget betrifft oder wir auch mit Anträgen das Budget nicht retten können. In diesem speziellen Fall enthalten wir uns, weil wir gegen keinen der drei Anträge sind. Wir halten es grundsätzlich für richtig, dass man sich in dieser Krise überlegt, ob es Unternehmen und Arbeitsplätze gibt, die wir als Staat vorübergehend stützen können, damit sie nicht zusammenbrechen – wie dies beispielsweise 2008 bei der UBS der Fall war. Unternehmen müssen dabei nicht die Grösse der UBS haben, um Unterstützung zu verdienen. Der Anwendungsfall ist aber sehr eng. Im Moment werden die meisten Arbeitsplätze durch Kurzarbeit geschützt. Auch wenn viele Arbeitsplätze durch Härtefallregelungen von Bund und Kanton geschützt werden, gibt es Fälle, bei denen die Stadt einspringen muss. Sie fordern heute für diese Fälle entweder 5, 10 oder 15 Millionen Franken. Das scheint mir beliebig und planlos. Wenn Sie mit einem Zahlengerüst eine gewisse Anzahl Start-ups aufzeigen könnten, die im letzten Jahr keinen Umsatz erzielen konnten, aber deren Arbeitsplätze mit 15 Millionen Franken gerettet werden müssen, damit ihre Idee nicht verloren geht, würde ich die 15 Millionen Franken unterstützen. Sie fordern aber ohne Plan eine Zahl. In dieser Situation ist es besser, dem Stadtrat den Auftrag zu geben, die Augen offen zu halten. Wirtschaftsverbände, der Gewerbeverband, der Hotellerieverband und die Bar- und Clubkommission sollen ihre Fälle vortragen, damit der Stadtrat entsprechende Nachtragskredite bieten kann. Seit einigen Wochen behauptet die SP, sie sei die gewerbefreundlichste Partei und will das mit diesem Vorstoss und den Anträgen beweisen. Die SP macht dabei das, was sie immer macht: Sie überlegt, wen sie mit Steuergeldern glücklich machen kann und wen sie verpflichten kann, für einen anderen zu zahlen. Das ist das übliche Vorgehen der SP und sie findet dafür auch immer gute Gründe. Wir erleben im Moment eine kurze Phase, in der die SP ihre Strategie kurzfristig auf das Gewerbe und die KMUs anwendet. In der letzten Saison war es eine andere Gruppe, die bevorzugt wurde, wofür das Geld wiederum bei den KMUs und Unternehmen genommen wurde. Die SVP versucht dabei, die SP zu überbieten, um besser dazustehen. Im Wesentlichen macht die SVP keine Gewerbepolitik, sondern eine Landwirtschaftspolitik, die sie auf das Gewerbe anwenden will.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *Die Stadt, ihre Betriebe und ihre Bevölkerung sind von der Pandemie vergleichsweise stark betroffen. Gastronomie, Hotellerie, Reisebranche, Kultur- und Unterhaltungsbranche, aber auch der Detailhandel in der Innenstadt erleiden aufgrund der Schutzmassnahmen zur Pandemie sehr starke Umsatzeinbrüche und Aufträge brechen weg. Die Stadt befürwortete von Anfang an die Strategie des Bundes, einen unnötigen Strukturabbau nach Möglichkeit zu verhindern. Dafür wurden Unterstützungsmassnahmen seitens Bund und Kanton und subsidiär auch von der Stadt ergriffen. Besonders wertvoll waren die Instrumente der Kurzarbeit, der COVID-Kredit und die Erwerbsausfallsentschädigung, aber auch die ergänzenden Massnahmen von Kanton und Stadt. Damit konnte unnötiger Schaden verhindert werden. Wir beteiligten uns bis jetzt subsidiär an Massnahmen mit verschiedenen Werkzeugen. Diese Art von Unterstützung wird selbstverständlich auch eine Langzeitwirkung hinterlassen und soll auch 2021 ausgerichtet werden. Der Kanton und der Bund konzentrieren sich im Moment auf das Härtefallprogramm im Umfang von einer Milliarde Franken mit Darlehen und A-fonds-perdu-Beiträgen für Betriebe mit Umsatzeinbussen von über 40 Prozent gegenüber den Vorjahren. Die hohen Umsatzeinbussen sind eine sehr hohe Hürde für viele Unternehmen. Deshalb sind wir überzeugt, dass subsidiäre Massnahmen der Stadt einen zusätzlichen Beitrag leisten können. Für das Härtefallprogramm sind für den Kanton Zürich 200 Millionen Franken vorgesehen. Es ist allerdings im Moment schwer abschätzbar, in welchen*

Bereichen die Gesuche eingereicht werden. Wir betrachten es selbstverständlich als unsere Aufgabe und verfolgen die Entwicklung sehr wachsam. Wir stehen im intensiven Austausch über die Wirtschaftsförderung und über die Wirtschaftsdelegation des Stadtrats mit dem dazugehörigen Stab und ergreifen gezielt Massnahmen. Es ist noch nicht klar, wie die Massnahmen genau ausgestaltet sein werden. Allenfalls sind Nachtragskredite oder Kreditübertragungen notwendig. Wenn Sie uns einen Betrag einstellen, unterstützt uns das im wachsam sein und unterstreicht unseren Willen, Unterstützung bieten zu wollen und zu können.

Florian Utz (SP) zieht namens der SP-Fraktion den Antrag der Mehrheit zurück: *Es ist für die betroffenen Menschen in der Stadt sehr wichtig, zu wissen, dass sich die Stadtpräsidentin auch um die materielle Not kümmert, in die viele Gewerbebetriebe unverschuldet geraten sind. Ich glaube nicht, dass Gewerbler und Gewerblerinnen der Meinung sind, dass jeder Eingriff in den Markt grundsätzlich schlecht ist. Ich spürte in allen Voten eine grosse Unterstützung für das Gewerbe und alleine dafür hat sich unser Antrag gelohnt. Die Debatte um die Betragshöhe enttäuscht mich aber etwas. Die Forderung der SP von 10 Millionen Franken ist nicht einfach aus dem Blauen heraus entstanden, sondern aus dem Gedanken, dass das Härtefallprogramm des Kantons gewisse Lücken aufweist. Es ist sehr schwierig, abzuschätzen, wie viel Prozent der Unternehmen durch die Lücken fallen. Wir gingen von einer ungenauen Schätzung von 5 Prozent aus und kamen deshalb auf den Betrag von 10 Millionen Franken, auch wenn wir wissen, dass sich der Betrag als zu hoch oder zu tief erweisen könnte. Wir möchten dem Stadtrat die Flexibilität ermöglichen, verschiedene Einzelmassnahmen zu ergreifen. Für Johann Widmers (SVP) Argument – Serviceangestellte könnten sich durch die Einmalzulagen für Pflegekräfte benachteiligt fühlen – gilt: «Das eine tun und das andere nicht lassen». Wir stehen für die ganze Bevölkerung ein und unterstützen sowohl Einmalzulagen, aber auch Gewerbler und Gewerblerinnen in Not. In der Krise muss man zusammenstehen und nicht die einen gegen die anderen ausspielen. Wir sind uns ja alle einig, dass man das Gewerbe gezielt, aber grossherzig unterstützen muss. SP und SVP haben gemeinsam 60 Stimmen. Die SP möchte, dass ein Betrag durchkommt, weil es für das Gewerbe verheerend wäre, wenn sich die Parteien am Ende gegeneinander ausspielen würden und Massnahmen an parteipolitischen Animositäten scheitern würden. Deshalb sind wir von der SP auch bereit, über unseren Schatten zu springen und zu den 5 Millionen Franken zu wechseln. Denn dieser Antrag gibt dem Stadtrat immerhin eine gewisse Handlungsmöglichkeit und Flexibilität, um einige Massnahmen in eigener Kompetenz aufzugleisen. Gleichzeitig können wir mit einer deutlichen Zustimmung aller Parteien – ausser der FDP – dem Gewerbe ein klares Signal senden.*

Walter Angst (AL): *Die Kurzarbeitsentschädigungen sind eine wichtige Stütze, damit Betriebe nicht Konkurs gehen, und die Darlehen unterstützen bei Liquiditätsproblemen. Die Mietfrage ist aber nicht gelöst. Der Antrag hat nicht zum Ziel, dass der Stadtrat drei Mal 1,5 Millionen Franken in eigener Kompetenz an irgendeine Firma auszahlt. Wir erwarten eine rasche Prüfung des Stadtrats und mit der Weisung auch die entsprechende Abschätzung, wie viel Geld dafür benötigt wird. Für mich steht im Moment vor allem im Vordergrund, dass man eine Lösung für die Mietsituation findet. Wenn der Stadtrat findet, dass dieses Anliegen hierhin gehört, würde mich das freuen. Es ist eine Gesamtbeurteilung notwendig und mit dem Antrag muss auch der Betrag festgesetzt werden. Mit der Weisung kann zudem mehr Geld in Form eines Budgetkredits beantragt werden.*

Ernst Danner (EVP): *Es gibt immer wieder Situationen, die schwierig zu prognostizieren sind. 1989 war das der Mauerfall und der Zusammenbruch der Sowjetunion, 2001 das Swissair Grounding und dieses Jahr der Ausbruch der Pandemie. Es ist deshalb nicht erstaunlich, dass drei verschiedene Anträge vorliegen und niemand wirklich be-*

gründen kann, was der richtige Betrag ist. Die EVP wird für die 5 Millionen Franken stimmen, weil wir überzeugt sind, dass es im Moment nur um einen Anschub geht. Der Stadtrat soll ein Signal erhalten, dass der Gemeinderat die Nothilfe unterstützt und der Stadtrat mit einer Finanzierung einsteigen kann. Danach muss er eine Weisung vorlegen. Bis dahin weiss er vielleicht auch schon genauer, welcher Betrag wirklich nötig ist. Die 5 Millionen Franken sind für uns also ein Anfang und können entsprechend angepasst werden. Wir glauben, dass der Antrag gemeinsam mit Antrag 78, bei dem es um 4 Millionen Franken geht, die richtige Massnahme ist, auch wenn uns trotz diversen Gesprächen mit den Mitgliedern der Rechnungsprüfungskommission (RPK) bis heute nicht ganz klar wurde, inwiefern sich die beiden abgrenzen.

Stephan Iten (SVP): Auch andere Gewerbe als das Gastgewerbe leiden extrem stark an dieser Krise. Es wird nicht mehr investiert und nicht mehr gekauft. Die Panikmacherei des Bundes und der Medien hilft den Gewerblern überhaupt nicht weiter, sondern verängstigt die Menschen noch stärker und es wird noch mehr gespart. Ich danke aber STP Corine Mauch für ihr Votum, das doch ein wenig beruhigt. Mich enttäuscht die Haltung der FDP, die den Kopf in den Sand steckt. Bei Punkt 3 heisst es: «Priorität haben Massnahmen, die der wirtschaftlichen Erholung und der Stärkung der Unternehmen und der Schaffung von Arbeitsplätzen dienen.» Mit diesem Antrag haben wir die Möglichkeit dazu. Auch wenn man langfristig agieren muss, interessieren uns Gewerbler im Moment die langfristigen Massnahmen überhaupt nicht. Unsere Reserven sind schlicht aufgebraucht und wir müssen sehen, wie wir von einem Tag in den nächsten kommen. Wenn wir keinen Umsatz machen können, können wir auch die Löhne unserer Mitarbeiter nicht bezahlen. Es ist klar, dass wahrscheinlich keiner der drei Anträge den richtigen Betrag ausweist – wahrscheinlich sind selbst alle zusammen viel zu wenig. Die GLP meinte in ihrer Fraktionserklärung, es sei ein schamloses Ausnutzen der aktuellen Situation. Diese Aussage finde ich sehr geschmacklos. Auch wenn Walter Angst (AL) schnell eine Weisung sehen will, geht es nicht alleine nur um die Miete. Der Stadtrat ist zu langsam. Die Weisung zu den Boulevardcafés ist bis heute noch nicht auf dem Tisch. Aber auch wenn selbst die 15 Millionen Franken noch zu wenig sind, wird dem Gewerbe wenigstens signalisiert, dass STP Corine Mauch Unterstützung bietet. Das Gewerbe kam auf uns zu und bat uns, den 15 Millionen Franken zuzustimmen. Ich hoffe, die FDP zieht doch noch den Kopf aus dem Sand und stimmt den 15 Millionen Franken zu.

S. 128 **15** **PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT**
1505 **Stadtentwicklung**
3635 00 898 **Übrige Betriebsbeiträge an private Unternehmungen**

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
006. Antrag Stadtrat			540 000	
		15 000 000	15 540 000	Minderheit 1 Johann Widmer (SVP) Referent, Susanne Brunner (SVP)
		10 000 000	10 540 000	Mehrheit Vizepräsident Florian Utz (SP) Referent, Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP)
		5 000 000	5 540 000	Minderheit 2 Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL)
				Enthaltung Severin Pflüger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: SVP: Subsidiäre Massnahmen zur Unterstützung des Gewerbes und zur Sicherung von Arbeitsplätzen während der Corona-Pandemie;
 SP: Subsidiäre Massnahmen zur Unterstützung des Gewerbes und zur Sicherung von Arbeitsplätzen infolge der Corona-Pandemie;
 GLP/AL/Grüne: Subsidiäre Massnahmen zur Unterstützung des Gewerbes infolge der Corona-Pandemie

Florian Utz (SP) zieht namens der SP-Fraktion den Antrag der Mehrheit zurück.

Johann Widmer (SVP) beantragt Abstimmung unter Namensaufruf für die erste der gleichgerichteten Abstimmungen.

Der Rat stimmt dem Antrag von Johann Widmer (SVP) mit 68 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 30 Stimmen gemäss Art. 41 Abs. 1 GeschO GR erreicht.

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge) und gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für die Anträge der Minderheit 1 und der Minderheit 2 sowie gemäss Art. 41 GeschO GR (Namensaufruf):

Abstimmungsprotokoll			
Platz#	Name Vorname	Partei	Stimme
104	Anderegg Peter	EVP	Nein
143	Angst Walter	AL	Nein
20	Anken Walter	SVP	Ja
56	Avdili Përparim	FDP	Enthalten
89	Baggenstos Tobias	SVP	-
26	Balsiger Samuel	SVP	Ja
23	Bartholdi Roger	SVP	Ja
140	Bätschmann Monika	Grüne	Nein
32	Baumann Markus	GLP	-
65	Beer Duri	SP	Nein
31	Bertozzi Roberto	SVP	Ja
84	Blättler Florian	SP	Nein
61	Boppart Judith	SP	Nein
11	Bourgeois Yasmine	FDP	-
72	Brander Simone	SP	Nein
125	Breitenstein Sarah	SP	Nein
68	Brunner Alexander	FDP	-

30	Brunner Susanne	SVP	Ja
135	Bührig Marcel	Grüne	Nein
139	Bürgisser Balz	Grüne	Nein
14	Bürki Martin	FDP	Enthalten
91	Cavalli Nicolas	GLP	Nein
105	Danner Ernst	EVP	Nein
55	Dellenbach Hans	FDP	Enthalten
130	Denoth Marco	SP	-
85	Diggelmann Simon	SP	Nein
69	Dufournet Mélissa	FDP	Enthalten
152	Eberle Natalie	AL	Nein
6	Egger Heidi	SP	Nein
12	Egli Andreas	FDP	Enthalten
71	Egloff Mathias	SP	Nein
59	Eichenberger Angelica	SP	Nein
70	Erdem Niyazi	SP	Nein
82	Eugster Emanuel	SVP	Ja
74	Fischer Renate	SP	Nein
103	Föhn Roger	EVP	Nein
78	Früh Anjushka	SP	Nein
142	Fürer Brigitte	Grüne	Nein
101	Garcia Isabel	GLP	-
149	Garcia Nuñez David	AL	Nein
57	Geissbühler Marco	SP	Nein
53	Giger Nicole	SP	Nein
2	Glaser Helen	SP	Nein
27	Götzl Martin	SVP	Ja
123	Graf Davy	SP	Nein
131	Helfenstein Urs	SP	Nein
96	Hofer Frei Simone	GLP	Nein
147	Hofstetter Julia	Grüne	Nein
67	Huber Patrick Hadi	SP	Nein
52	Huberson Nadia	SP	Nein
10	Huser Christian	FDP	-
24	im Oberdorf Bernhard	SVP	Ja
81	Iten Stephan	SVP	Ja
66	Kägi Götz Maya	SP	Nein
100	Kälin-Werth Simon	Grüne	Nein
121	Käppeli Hans Jörg	SP	Nein
51	Karakostas Sofia	SP	Nein
148	Kirstein Andreas	AL	Nein
93	Kisker Gabriele	Grüne	Nein
92	Knauss Markus	Grüne	Nein
76	Koch Sabine	FDP	Enthalten
79	Kraft Michael	SP	Nein
35	Krayenbühl Guy	GLP	Nein
138	Kunz Markus	Grüne	Nein
133	Lamprecht Pascal	SP	Nein
39	Landolt Maleica	GLP	Nein
15	Leiser Albert	FDP	Enthalten

146	Leitner Verhoeven Andrea	AL	Nein
137	Maggi Luca	Grüne	Nein
145	Maillard Patrik	AL	Nein
127	Manser Joe A.	SP	Nein
54	Manz Mathias	SP	Nein
99	Marti Res	Grüne	Nein
129	Meier Severin	SP	Nein
33	Merki Markus	GLP	Nein
90	Monn Christian	GLP	Nein
134	Moser Felix	Grüne	Nein
62	Müller Marcel	FDP	-
29	Müller Rolf	SVP	Ja
94	Nabholz Ann-Catherine	GLP	Nein
73	Näf Ursula	SP	Nein
102	Novak Martina	GLP	Nein
34	Oberholzer Beat	GLP	Nein
75	Pauli Cathrine	FDP	-
49	Pflüger Severin	FDP	Enthalten
3	Probst Matthias	Grüne	Nein
106	Rabelbauer Claudia	EVP	Nein
141	Rausser Jürg	Grüne	Nein
120	Renggli Matthias	SP	Nein
8	Richli Mark	SP	Nein
7	Richter Derek	SVP	Ja
136	Riklin Urs	Grüne	Nein
144	Romanelli Olivia	AL	Nein
95	Roy Shaibal	GLP	Nein
9	Rühli Frank	FDP	-
86	Sangines Alan David	SP	Nein
87	Savarioud Marcel	SP	Nein
151	Schiller Christina	AL	Nein
1	Schiwow Mischa	AL	Nein
132	Schmid Marion	SP	Nein
19	Schmid Michael	FDP	Enthalten
16	Schoch Elisabeth	FDP	-
28	Schwendener Thomas	SVP	-
122	Seidler Christine	SP	Nein
83	Señorán Maria del Carmen	SVP	Ja
97	Siev Ronny	GLP	Nein
124	Silberring Pawel	SP	Nein
38	Sobernheim Sven	GLP	Nein
60	Speck Roger-Paul	SP	Nein
58	Tobler Marcel	SP	Nein
50	Tschanz Raphaël	FDP	Enthalten
64	Urban Michel	SP	Nein
88	Urech Stefan	SVP	Ja
17	Ursprung Corina	FDP	-
80	Utz Florian	SP	Nein
63	Vogel Sebastian	FDP	Enthalten
98	Walgis Selina	Grüne	Nein

77	Wey Natascha	SP	Nein
25	Widmer Johann	SVP	Ja
126	Wiesmann Barbara	SP	Nein
150	Wottreng Willi	AL	Nein
128	Ziswiler Vera	SP	Nein
18	Zürcher Martina	FDP	Enthalten
13	Zygmont Dominique	FDP	Enthalten

Antrag Minderheit 1	(15 540 000)	14 Stimmen (= Ja-Stimmen)
Antrag Minderheit 2	(5 540 000)	84 Stimmen (= Nein-Stimmen)
Antrag Stadtrat	(540 000)	<u>0 Stimmen</u>
Total		98 Stimmen
= absolutes Mehr		50 Stimmen
Enthaltungen		13

Damit ist dem Antrag der Minderheit 2 zugestimmt, womit das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht ist.

Antrag 007.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Florian Utz (SP): Die Stadt hat ein Budget, um in Notsituationen im Ausland schnelle und unbürokratische Nothilfe leisten zu können. Dieses kam beispielsweise beim Erdbeben in Albanien oder für die Nothilfe in Syrien zum Einsatz. Im letzten Jahr lag das Budget bei 600 000 Franken. Im neuen Budget sind 100 000 Franken weniger vorgesehen. Wir beantragen Ihnen, dem Stadtrat wieder das gleiche Budget wie im Vorjahr – also 600 000 Franken – zur Verfügung zu stellen und auf die Kürzung zu verzichten. Falls es wider Erwarten keine Situationen geben sollte, in denen man das Geld brauchen kann, freut uns das. Es ist uns aber auch wichtig, dass der Stadtrat im Falle von Notlagen schnell und unbürokratisch mit dem gleichen Budget wie letztes Jahr Hilfe leisten kann.

Severin Pflüger (FDP): Die Minderheit findet es mehr als grosszügig, dass man in dieser Krise 500 000 Franken für die Nothilfe einstellt. Wir sind der Meinung, dass dieser Betrag ausreicht. Die Stadt ist auch so grosszügig genug.

Weitere Wortmeldung:

Shaibal Roy (GLP): Der Antrag ignoriert, dass in den Vorjahren im Budget jeweils 200 000 Franken vorgesehen waren und dieser Betrag erst letztes Jahr erhöht wurde – und zwar explizit wegen des Nothilfepaketes für Nordsyrien. Das entsprach einer Erhöhung um 250 Prozent. Zudem sollte man die aktuelle Lage berücksichtigen, bei der auch die stadt eigenen Finanzen mittelfristig ins richtige Lot gebracht werden müssen. Wir brauchen lokal subsidiäre Möglichkeiten. Die Auslandhilfe ist als zweite Priorität zu betrachten und ist mit 500 000 Franken mit einem grosszügigen Betrag ausgestattet.

S. 129 **15**
1505
3638 00 100

PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT
Stadtentwicklung
Humanitäre Hilfe im Ausland

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
007. Antrag Stadtrat			500 000 Minderheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Susanne Brunner (SVP), Shaibal Roy (GLP), Raphaël Tschanz (FDP), Johann Widmer (SVP)
		100 000	600 000 Mehrheit	Vizepräsident Florian Utz (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP)
	Begründung: Gleiches Budget für humanitäre Hilfe wie im Vorjahr (keine Kürzung um 100 000 Franken)			

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 008.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Stefan Urech (SVP): Die beiden höchsten Ämter in dieser Stadt werden momentan von den beiden Frauen Helen Glaser (SP) und STP Corine Mauch bekleidet und ungefähr 50 Prozent der Mitglieder des Stadtrats sind Teil der LGBTQI+-Community. Sie können mir also nicht erzählen, dass die Stadt ein systematisches Gleichstellungsproblem hat. Auch auf der bürgerlichen Seite gibt es Beispiele von starken Frauen in der Politik. Die Ratslinke hat seit Jahrzehnten die Mehrheit im Stadtrat und im Gemeinderat. Wenn Sie eine Fachstelle brauchen, die Sie tagtäglich an Ihre Kernthemen erinnert, stimmt doch irgendwas nicht. Sie sind dafür verantwortlich, wenn die Stadt ein Gleichstellungsproblem hat. Winterthur als eine rotgrüne, offene und progressive Stadt schaffte 2015 die Fachstelle für Gleichstellung ab. Begründet wurde das ziemlich pragmatisch damit, dass die Gleichstellung heute zu den Grundaufgaben der Führungskräfte gehört. Es ist eine unbestrittene Tatsache, dass wir heute keine Frauen und LGBTQI+-Community-Mitglieder diskriminieren. Wir brauchen also keine eigene Fachstelle. Im Jahresheft der Fachstelle für Gleichberechtigung «einblicke 2020» kann man schöne, aber unkonkrete Worte lesen. Hier liesse sich, ohne das jemandem weh tut, ein wenig Geld sparen.

Renate Fischer (SP): Alle Jahre wieder gibt es Kürzungsanträge für die Fachstelle für Gleichstellung. Überraschend ist nur, ob sie von der SVP oder wie letztes Jahr von der FDP gestellt werden und wie viele Stellen gekürzt werden sollen. Auch dieses Jahr sollen Stellen gestrichen werden, obwohl der gesetzliche Auftrag der Fachstelle aus der Bundesverfassung und dem Gleichstellungsgesetz abgeleitet werden kann und der Gemeinderat diverse zusätzliche Aufträge erteilt hat. Dieses Jahr wurde nicht mal mehr eine Rückfrage auf dem betreffenden Konto gestellt. Aber auch dieses Jahr lehnt die

Mehrheit der RPK den Kürzungsantrag ab. Hinter mir stehen zwei Frauen von neun Stadträten und Stadträtinnen und in der RPK sind zwei von elf Mitgliedern Frauen.

Weitere Wortmeldung:

Dr. David Garcia Nuñez (AL): *Wieder einmal erreichen wir heute Abend einen Tiefpunkt. Ein Mitglied der grössten Partei in diesem Land nutzte das Wort «geschützte Werkstatt» als Waffe und äusserte sich feindlich gegenüber Menschen in der Psychiatrie. Tiefer können wir nicht fallen und ich bitte das Präsidium inbrünstig, bei solchen Aktionen schneller einzugreifen. Den Kürzungsantrag der SVP kenne ich seit ich im Rat bin. Hier wird wieder ein Kürzungsantrag gestellt, obwohl Roger Bartholdi (SVP) sagte, dass er keine Kürzungsanträge stellen würde. Der Antrag ist sinnlos und repetitiv und wird immer genau gleich begründet. Dementsprechend können Sie sich auch die Ablehnungsbeurteilung der AL aus dem Jahr 2019 anhören.*

S. 131	15 1506 3010 00 000	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Fachstelle für Gleichstellung Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
008.	Antrag Stadtrat				965 800	Mehrheit
			400 000		565 800	Minderheit
						Enthaltung
		Begründung:	Fokussierung auf Kernaufgaben und Erledigung von Kundenanliegen. Streichen von unnötigen Stellen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 13 Stimmen (bei 18 Enthaltungen) zu.

FINANZDEPARTEMENT

Antrag 009.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Florian Utz (SP): *Unsere Stadt braucht mehr bezahlbare Wohnungen. Die Stiftung PWG schafft seit Jahren sehr erfolgreich bezahlbaren Wohnraum und ist damit in den letzten Jahren eine der wenigen Wachstumsgeschichten im Segment des bezahlbaren Wohnungsmarkts. Die Stiftung PWG wuchs in den letzten 30 Jahren von null auf inzwischen 0,8 Prozent des gesamten städtischen Wohnungsbestands. Die PWG besitzt heute 139 Liegenschaften, die sie den Mietern und Mieterinnen als bezahlbare Wohnungen vermieten kann. Die Menschen in dieser Stadt sind dringend auf Erfolgsstories wie die der PWG angewiesen. Deshalb beantragt Ihnen die Mehrheit, der PWG weiterhin dieselben Mittel wie in den vergangenen Jahren zur Verfügung zu*

stellen. «Never change a winning team», und auch der Betrag, den das «winning team» zur Verfügung hat, sollte nicht geändert werden.

Shaibal Roy (GLP): Auch mit diesem Antrag wird versucht, neue Realitäten zu schaffen. Im vorliegenden Fall wurden 2019 2 Millionen Franken weniger budgetiert. Der Finanzvorsteher setzte löblicherweise aufgrund der aktuellen finanziellen Situation das Budget auf den ursprünglichen Betrag zurück. Dieser entspricht der maximalen Ausschöpfung, die die PWG in den Jahren 2015 bis 2019 beansprucht hat. Sie lag immer zwischen 1,9 und maximal 3 Millionen Franken. Da das Finanzdepartement nie ein Gesuch ablehnte, unterstützt die Minderheit den Antrag des Stadtrats mit den 3 Millionen Franken und nicht die neue Realitätssetzung der SP, Grünen und AL von 5 Millionen Franken.

Weitere Wortmeldung:

Severin Pflüger (FDP): Es ist fraglich, ob es der richtige Moment ist, als Stadt Millionen Franken für die Einkaufstour der PWG auszugeben. Man könnte auch zufrieden sein mit dem, was man hat. Bei der Stiftung «Einfach Wohnen» wartet ein zweistelliger Millionenbetrag darauf, investiert zu werden, weil bis jetzt keine Investitionsgüter gefunden wurden. Ich verstehe nicht, weshalb man den Wohnungsmarkt in einem Jahr, in dem die Finanzen stark strapaziert werden, mit 2 Millionen Franken weiter anheizen will.

S. 159	20 2000 563108 / 5640 00 000	FINANZDEPARTEMENT Finanzdepartement Departementssekretariat Abschreibungsbeiträge an Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich für den Kauf von Liegenschaften / Investitionsbeiträge an öffentliche Unternehmungen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
009.	Antrag Stadtrat			2 000 000	3 000 000 Minderheit 5 000 000 Mehrheit	Shaibal Roy (GLP) Referent, Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP), Johann Widmer (SVP) Vizepräsident Florian Utz (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP)
			Begründung: Gleiches Budget für die Stiftung PWG wie im Vorjahr (keine Kürzung um 2 Mio. Franken)			

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 68 gegen 47 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 010.

Kommissionsmehrheit/-minderheit 1:

Florian Utz (SP) zieht den Antrag der Mehrheit zurück: Die Stimmbevölkerung entschied dieses Jahr ausgehend von einer Motion von SP, Grünen und AL, dass der Stadtrat Liegenschaften in eigener Kompetenz kaufen können soll. Mehr als zwei Drittel der Stimmbevölkerung stimmten der Vorlage zu und gaben damit dem Stadtrat die Möglichkeit, Liegenschaften zu kaufen, um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Bereits im Jahr 2011 entschied die Bevölkerung mit einer noch deutlicheren Mehrheit, dass der Anteil an gemeinnützigen Wohnungen auf einen Drittel erhöht werden soll. In Kombination ergeben diese beiden Volksabstimmungen einen klaren Auftrag an den Stadtrat, mehr Liegenschaften und Grundstücke zu kaufen und mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Wir fragten die Liegenschaftsverwaltung nach ihren Kapazitäten, um auf dem Wohnungsmarkt aktiv sein zu können. Uns wurde gesagt, die Ressourcen seien knapp und deswegen wären mehr Ressourcen und mehr Stellen sehr hilfreich, um aktiver zu werden. Der SP ist es wichtig, dass Volksentscheide umgesetzt werden. Dabei ist uns auch wichtig, dass wir dem Stadtrat alle notwendigen Instrumente und personellen und finanziellen Ressourcen zur Verfügung stellen, damit er in dieser Frage handlungsfähig ist und den Volksentscheid umsetzen kann. Gestützt auf diesen Antworten stellen SP und Grüne den Antrag auf 300 000 Franken, um ein Team aufzubauen, das auf dem Wohnungsmarkt aktiv werden kann. Die AL stellt den Antrag auf 200 000 Franken, auf den wir wechseln. Wir glauben, dass auch mit 200 000 Franken in einem ersten Jahr ein Team aufgebaut werden kann. Würde in einem nächsten Jahr eine dritte Stelle benötigt, werden wir diese sicherlich nicht ablehnen.

Shaibal Roy (GLP): Es überrascht nicht, dass die Liegenschaftsverwaltung auf Ihre Nachfrage gerne mehr Stellen hätte, um die Akquisition ausbauen zu können. Dieses Vorgehen ist sehr merkwürdig. Das Kernproblem liegt aber im Aufbau eines Akquisitionsteams, das den Liegenschaftsmarkt weiter überhitzt. Die Überhitzung betrifft nicht nur die Privaten, sondern auch institutionelle Anleger. Ein Grossteil der Pensionskassengelder wird in den Liegenschaftsmarkt investiert, wo auch Minimalrenditen gefragt sind. Wird dieser Markt noch stärker überhitzt, führt das zu einer Kanibalisierung des Immobilienmarkts. Die Minderheit unterstützt das nicht – genauso wenig, wie die Aufwendung von Personalressourcen. Die Liegenschaftsverwaltung konnte ausserdem nicht einmal definieren, wie viele Personen sie zusätzlich einstellen möchte.

Weitere Wortmeldung:

Felix Moser (Grüne) zieht den Antrag der Mehrheit zurück: Auch wir wechseln auf 200 000 Franken und unterstützen den Antrag der AL-Minderheit 2.

S. 167 20
2021
3010 00 000

FINANZDEPARTEMENT
Liegenschaften Stadt Zürich
Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
010.	Antrag Stadtrat			8 343 200 82 200 N	Minderheit 1 Shaibal Roy (GLP) Referent, Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP), Johann Widmer (SVP)

	300 000	8 725 400	Mehrheit	Vizepräsident Florian Utz (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP)
	200 000	8 625 400	Minderheit 2	Walter Angst (AL) Referent
Begründung:	SP/Grüne: Aufbau des vom FD vorgesehenen Akquisitionsteams zur Umsetzung des gesetzlich verankerten Drittelsziels; AL: 2 Stellen ab Mai 2021 für Team «Immobilien-geschäfte», als Teil des Bereichs «Grundstücke & Baurechte»			

Florian Utz (SP) und Felix Moser (Grüne) ziehen den Antrag der Mehrheit zurück.

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit 2:

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit 2 mit 68 gegen 51 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 011.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Felix Moser (Grüne): *Auch in diesem Antrag geht es um Stellen bei Liegenschaften Stadt Zürich – genauer um die ökologischen Sanierungen und den Ersatz von fossilen Heizungen in stadt-eigenen Liegenschaften. Man könnte den Antrag auch «Klimaschutz sofort und konkret» nennen. Liegenschaftsgebäude gehören zu den grössten CO₂-Emittenten. Sie machen rund einen Viertel aller Emissionen aus. Die Stadt hat 56 Wohnsiedlungen mit bald zehntausend Wohnungen. Diese werden in einem regelmässigen Zyklus auch energetisch saniert. Mit mehr Personen könnten diese energetischen Sanierungen beschleunigt werden. Die zwei zusätzlichen Stellen wären für die Sanierung der Liegenschaften ausserhalb des Zyklus verantwortlich. Wird während des Prozesses auch energetisch saniert, ist das in der Regel ohne Zusatzkosten verbunden. Die zwei Stellen könnten ungefähr 20 bis 30 zusätzliche Projekte pro Jahr abwickeln. Das scheint uns ein wichtiger Schritt, um den CO₂-Ausstoss der städtischen Wohnungen zu vermindern. Es würde auch helfen, das Netto-Null-Ziel vielleicht doch noch im Jahr 2030 und nicht erst 2040 oder noch später zu erreichen.*

Severin Pflüger (FDP): *Diese beiden Stellen führen nicht zu einer verbesserten, sondern zu einer ineffizienteren Erledigung der Aufgaben. Ich kann mich erinnern, wie 2009, als ich Präsident der Finanzkommission wurde, sich mir damals die Liegenschaftsverwaltung vorstellte. Ihr wichtigstes Thema war 2009 die ökologische Sanierung des Immobilienparks. Es hiess damals, dass alles diesem Ziel untergeordnet würde, weil man so CO₂ einsparen könne und das wichtig für den Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft sei. Seit 12 Jahren steht dieses Ziel also im Pflichtenheft der Menschen, die bei der Sanierung und Gebäudeverwaltung arbeiten. Heute wollen Sie Klimaschutz machen, indem zwei Personen denjenigen, die ohnehin schon seit Jahren dafür verantwortlich sind, auf den Füssen stehen. Falls die Situation wirklich im Argen liegt, braucht es nicht zusätzliche Menschen – in diesem Fall müssten die Menschen besser ausgebildet und allenfalls ersetzt werden. Zusätzliche Personen einzustellen, nützt der Umwelt und dem Klima rein gar nichts. Das ist nur schade ums Geld und teuer erkaufte Wahlpropaganda zulasten der Steuerzahler.*

S. 167 **20**
2021
3010 00 000

FINANZDEPARTEMENT
Liegenschaften Stadt Zürich
Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
011. Antrag Stadtrat			8 343 200 Minderheit 82 200 N	Severin Pflüger (FDP) Referent, Susanne Brunner (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Johann Widmer (SVP)
		200 000	8 625 400 Mehrheit	Präsident Felix Moser (Grüne) Referent, Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)

Begründung: 2 Stellen ab Mai 2021 – Ökologische Sanierungen und Ersatz von fossilen Heizungen in den stadteigenen Liegenschaften

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 38 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 012. bis 014.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Florian Utz (SP): Der Stadtrat beschloss im Frühling für die vom Lockdown betroffenen Gewerbetreibenden einen Mieterlass, um diesen Betrieben, insbesondere der Gastronomie, eine deutliche Erleichterung zu verschaffen. Die SP begrüsst das gewerbefreundliche Handeln des Stadtrats. Mit diesem Antrag möchten wir den Stadtrat bitten, diese sehr vernünftige Politik fortzuführen und auch für das Jahr 2021 entsprechende Mindereinnahmen zu budgetieren. Nur wenige Tage nachdem wir den Antrag einreichten, kommunizierte das Finanzdepartement am 27. November 2020, dass die bisherige Regelung betreffend Gebührenerlass für die Gewerbebetriebe, die von Nutzungseinschränkungen betroffen sind, fortgeführt wird. Wir halten das für den richtigen Weg und glauben, dass die Gewerbebetriebe finanziell darauf angewiesen sind. Wenn wir nun also ohnehin offene Türen einrennen, könnte man den Antrag auch zurückziehen. Da wir es aber sinnvoll finden, einen beschlossenen Mieterlass im Budget abzubilden, ziehen wir den Antrag nicht zurück. Andernfalls würde man Einnahmen budgetieren, die mit hundertprozentiger Sicherheit so nicht eingehen werden, weil der Gebührenerlass bereits beschlossen ist. Es ist schwierig, den Betrag genau zu beziffern, weil man noch nicht weiss, welche Massnahmen der Bundesrat beschliessen wird. Deshalb setzen wir den gleichen Betrag ein, der im Frühling 2020 erlassen wurde. Es kann sein, dass wir hier ein par Franken daneben liegen. Wir finden es aber sinnvoll, wenn der Beschluss auch im Budget abgebildet wird.

Shaibal Roy (GLP): Es ist schlicht nicht richtig, einen Einnahmeverzicht zu budgetieren. Indem Sie den Antrag nicht zurückziehen, beweisen Sie einmal mehr, dass Sie reine Symbolpolitik betreiben. Es liegt in der Kompetenz des Stadtrats, einen Mieterlass zu budgetieren – dessen Umfang notabene noch nicht mal klar ist. Ich hoffe sehr, dass es

sich nicht um den gleichen Umfang wie im Frühling handeln wird. Die Minderheit spricht sich nicht generell gegen den Mieterlass oder gegen unterstützende Massnahmen aus. Die Liegenschaftsverwaltung soll aber selbstständig und in Eigenkompetenz entscheiden, wie sie vorgehen will. Es gibt verschiedene Massnahmen wie eine Vertragsverlängerung für Amortisation der Investitionen oder Abzahlungsvereinbarungen und weitere Massnahmen, die die Liegenschaftsverwaltung sehr gut selber einsetzen kann. Die Zuständigkeit für die Gewährung des Mietzinserlasses liegt beim Stadtrat, beziehungsweise bei den betroffenen Dienstabteilungen. Überlassen Sie ihnen die Massnahmen und stellen Sie keine Budgetanträge, die nicht in der Kompetenz des Gemeinderats liegen.

Weitere Wortmeldung:

Albert Leiser (FDP): Nicht zuletzt mit der Eingabe des heutigen Postulats von mir und Walter Angst (AL) geht die FDP in die Enthaltung, weil wir eine Gesamtlösung finden möchten. Wir hoffen, dass mit dem Postulat die Gesamtsituation beurteilt werden kann. Deshalb bleiben wir in der Enthaltung.

S. 170	20	FINANZDEPARTEMENT				
	2021	Liegenschaften Stadt Zürich				
	4430 00 000	Pacht- und Mietzinse Liegenschaften FV				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
012.	Antrag Stadtrat				-55 410 800 Minderheit	Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne)
				1 200 000	-54 037 800 Mehrheit	Vizepräsident Florian Utz (SP) Referent, Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP)
						Enthaltung
						Walter Angst (AL), Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung:	Fortführung der gewerbefreundlichen Mieterlass-Politik während der Corona-Pandemie (wobei der Stadtrat nicht an den genauen Betrag dieses Antrags gebunden sein, sondern die Höhe der Erlasse je nach dem weiteren Verlauf der Pandemie flexibel festlegen soll)			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 46 gegen 29 Stimmen (bei 41 Enthaltungen) zu.

Antrag 013.

Wortmeldungen siehe Antrag 012.

S. 177	20	FINANZDEPARTEMENT				
	2034	Wohnen und Gewerbe				
	4470 00 000	Pacht- und Mietzinse Liegenschaften VV				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
013.	Antrag Stadtrat				-130 677 000 Minderheit	Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne)

400 000	-130 277 000	Mehrheit	Vizepräsident Florian Utz (SP) Referent, Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP)
		Enthaltung	Walter Angst (AL), Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP), Johann Widmer (SVP)

Begründung: Fortführung der gewerbefreundlichen Mieterlass-Politik während der Corona-Pandemie (wobei der Stadtrat nicht an den genauen Betrag dieses Antrags gebunden sein, sondern die Höhe der Erlasse je nach dem weiteren Verlauf der Pandemie flexibel festlegen soll)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 46 gegen 29 Stimmen (bei 41 Enthaltungen) zu.

Antrag 014.

Wortmeldungen siehe Antrag 012.

S. 181 **20** **FINANZDEPARTEMENT**
2035 **Gastronomie**
4470 00 000 **Pacht- und Mietzinse Liegenschaften VV**

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
014. Antrag Stadtrat			-12 575 100	Minderheit Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne)
		1 500 000	-11 075 100	Mehrheit Vizepräsident Florian Utz (SP) Referent, Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP)
				Enthaltung Walter Angst (AL), Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP), Johann Widmer (SVP)

Begründung: Fortführung der gewerbefreundlichen Mieterlass-Politik während der Corona-Pandemie (wobei der Stadtrat nicht an den genauen Betrag dieses Antrags gebunden sein, sondern die Höhe der Erlasse je nach dem weiteren Verlauf der Pandemie flexibel festlegen soll)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 46 gegen 28 Stimmen (bei 42 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 015. bis 017.

Kommissionsreferent:

Shaibal Roy (GLP): Der Antrag ist die Folge eines Nachtragkreditantrags. Man stellte damals fest, dass bei der Verbuchung von Bezugssteuern ein Fehler bei der Organisation und Informatik Zürich (OIZ) unterlief. Diesen Fehler müssen wir heute korrigieren. Die Investitionen sind ab einem gewissen Betrag zu aktivieren – was hier der Fall ist. Dazu gehören auch die Mehrwertsteuern. Wir müssen in den drei Anträgen

folglich einerseits die Mehrwertsteuer umbuchen und die Aktivierung der entsprechenden Investition korrekt auf die Investitionskonten verbuchen.

S. 194	20	FINANZDEPARTEMENT			
	2080	Organisation und Informatik			
	3137 00 000	Steuern und Abgaben			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
					Stimmen
015.	Antrag Stadtrat		200 000		627 000
					427 000 Zustimmung
					Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Susanne Brunner (SVP), Renate Fischer (SP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP), Raphaël Tschanz (FDP), Johann Widmer (SVP)
					Begründung: Aktivierung der Mehrwertsteuer OIZ

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 112 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 016.

Wortmeldungen siehe Antrag 015.

S. 195	20	FINANZDEPARTEMENT			
	2080	Organisation und Informatik			
	3320 00 000	Planmässige Abschreibungen Software			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
					Stimmen
016.	Antrag Stadtrat			40 000	5 084 800
					5 124 800 Zustimmung
					Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Susanne Brunner (SVP), Renate Fischer (SP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP), Raphaël Tschanz (FDP), Johann Widmer (SVP)
					Begründung: Aktivierung der Mehrwertsteuer OIZ

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der RPK:

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 112 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

beispielsweise das Taxi-Gewerbe, oder Flohmarktfahrerinnen und -fahrer. Es ist richtig, als Stadt dem Gewerbe die Gebühren zu erlassen und damit eine Art Mini-Recovery-Programm für das Gewerbe zu bieten. Wir als Stadt können es uns leisten, einmalig auf diese Gebühren zu verzichten. Wir haben 1,5 Milliarden Franken Eigenkapital und da wir nach der Krise da weitermachen wollen, wo wir vor der Krise aufgehört haben, macht es aus unserer Sicht Sinn, das Gewerbe einmalig und substanziell zu entlasten und dafür zu sorgen, dass das Gewerbe wieder stark werden und in den Folgejahren die Gebühren auch wieder zahlen kann.

Shaibal Roy (GLP): *Ich kann mir nur marketingtechnisch erklären, warum sich die FDP nun doch noch entschieden hat, aus der Enthaltung in die Zustimmung zu wechseln. Ich finde es regelrecht anmassend, als Gemeinderat hier Stadtrat spielen zu wollen und in der Liste einzeln entscheiden zu wollen, was von den Gebühren befreit werden soll und was nicht. Ich bezweifle, dass der Stadtrat sich an diesem Antrag gleich erfreut wie Sie. Dieser Vorstoss ist für wenige und nicht für alle. Hundebesitzer können sich beispielsweise untervertreten fühlen, da sie keinen Gebührenerlass bekommen, obwohl sie während des Lockdowns mit dem Hund nicht mehr gleich Gassi gehen durften wie vorher. Das ist unfair.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Karin Rykart: *Letzten Frühling erliessen wir relativ schnell und unkompliziert die Gebühren und strichen sie im Lockdown vollständig. Wir werden auch 2021 pragmatisch und schnell Unterstützung leisten. Wir beschlossen bereits, dass bis Ende Oktober die Erweiterungen der Boulevardflächen auf öffentlichem Grund bestehen bleiben und wir die Gebühren erlassen werden. Wir sind sehr gewillt, Unterstützung zu leisten und nehmen den Antrag so zur Kenntnis. Ich kann Ihnen versichern, dass wir aktiv bleiben werden.*

S. 208 **25** **SICHERHEITSDEPARTEMENT**
2520 **Stadtpolizei**
4210 00 000 **Gebühren für Amtshandlungen**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
018.	Antrag Stadtrat			-2 902 500	Minderheit	Shaibal Roy (GLP) Referent, Walter Angst (AL) Vizepräsident Florian Utz (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Dr. Florian Blättler (SP), Susanne Brunner (SVP), Renate Fischer (SP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP), Raphaël Tschanz (FDP), Johann Widmer (SVP)
			2 077 300	-825 200	Mehrheit	
		Begründung: Unterstützung des Gewerbes durch temporären Gebührenerlass im Jahr 2021 (für Boulevardcafés, Taxibewilligungen, Marktbewilligungen, Flohmarkt, Lebensmittelmarkt, Kranzmarkt, Christbaumverkauf, Verkaufsstand am See, Verkaufsstand im Umherziehen, Marronihäuser, öffentlicher Grund zu Sonderzwecken, Verkauf pflanzlicher Erzeugnisse, gemeinnütziger Strassenverkauf, Verkauf von Zeitschriften, Wartezonen, Weihnachtsdekoration, Pflanzenbehälter, Gastwirtschaftspatente, Nachtcafés, Veranstaltungen)				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 91 gegen 23 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 019.

Wortmeldungen siehe Antrag 018.

S. 209	25 2520 4472 00 000	SICHERHEITSDEPARTEMENT Stadtpolizei Vergütung für Benützungen Liegenschaften VV			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
					Stimmen
019.	Antrag Stadtrat			-13 260 000	Minderheit
			4 756 500	-8 503 500	Mehrheit
		Begründung:	Unterstützung des Gewerbes durch temporären Gebührenerlass im Jahr 2021 (für Boulevardcafés, Marktbewilligungen, Flohmarkt, Lebensmittelmarkt, Kranzmarkt, Christbaumverkauf, Verkaufstand am See, Verkaufstand im Umherziehen, Marronihäuser, öffentlicher Grund zu Sonderzwecken, Verkauf pflanzlicher Erzeugnisse, Verkauf von Zeitschriften, Weihnachtsdekoration, Veranstaltungen)		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 91 gegen 21 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 020.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Johann Widmer (SVP): *Mir ist bewusst, dass Sie für Ihre vielen Anliegen in der Sozialindustrie viel Geld benötigen. Sie werden deshalb erfinderisch und stellen Bussen für Ihr Budget ein. Wir möchten Ihnen nicht vorschreiben, wie viele Bussen wegen Fehlverhalten verteilt werden. Insbesondere Fehlverhalten, das andere gefährdet – wie das über Rot fahren von Velofahrenden – kann man ohne weiteres büssen. Es ist aber ein wenig befremdlich, dass Sie seit vielen Jahren immer einen ähnlichen Betrag – um die 60 Millionen Franken – ins Budget einstellen. Um die budgetierten 60 Millionen Franken einzubringen, müssen dann manchmal Sondereinsätze geplant werden. Um noch mehr Millionen Franken budgetieren zu können, schlage ich Ihnen eine Anleitung für die braven Bürger vor: «Wie begehe ich eine Übertretung, damit ich meinen Beitrag zur Stadtkasse freiwillig leisten kann.» Bussen für Fehlverhalten haben nichts mit dem Budget zu tun. Die Tagespresse schrieb, dass es wegen Corona weniger Bussen gab. Ich wäre also vorsichtig, einfach 60 Millionen Franken einzustellen. Wir beantragen deshalb die Halbierung des Bussenantrags und die Unterlassung von absichtlichen Busseneintreibungsaktionen der Polizei, nur um das budgetierte Geld einnehmen zu können.*

Florian Utz (SP): *Wenn man weniger Einnahmen bei Gebühren und Bussen budgetiert, möchte man auch, dass die Mindereinnahmen eintreffen. Wir beantragen auch gerade einen Gebührenerlass, mit dem Ziel, diese zu erlassen. Es erstaunt mich deshalb, dass die SVP die Hälfte erlassen und die Polizisten und Polizistinnen anweisen will, nicht wie*

früher üblich, zu büssen. Es ist sinnvoll, die Polizei ihre Arbeit machen zu lassen. Bussen werden gestützt darauf verteilt, wie viele Übertretungen es gab, bei denen Täter und Täterinnen erwischt wurden. Dass der Stadtrat nach bestem Wissen und Gewissen eine Prognose machen muss, ist aus Sicht der Mehrheit richtig. Falls es tatsächlich weniger Einnahmen gibt, wäre das überhaupt kein Problem und wir wären alle glücklich darüber, dass die Verkehrsregeln besser eingehalten wurden.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Florian Utz (SP) machte deutlich, was er will, als er sagte, dass man budgetierte Gebühren auch erreichen will. Genau deshalb muss man strenger mit dem Posten ins Gericht gehen. Natürlich wirkt es schlecht, wenn wir eine Verschlechterung um 30 Millionen Franken budgetieren. Das dient aber dazu, weniger Mittel in den Ausgaben zu budgetieren. Man entzieht dem Stadtrat Mittel, die er nicht für andere Ausgaben verwenden kann. Das Paradoxon scheint also durchaus vernünftig. Wenn man von mündigen Menschen ausgeht, sollte es eigentlich gar keine Ordnungsbussen geben. Die Realität ist aber eine andere. Übertretungen gibt es auch deshalb, weil das Netz des Bussenregimes so engmaschig ist, dass man auch beim besten Willen reinfällt. Dabei handelt es sich um die schon oft angesprochenen Schikanen. Falls Ordnungsbussen erhoben werden würden, müsste man diese statt im Budget unter Ordnungsbussen in einen Budgetposten «ausserordentliche Erträge» verbuchen, mit dem man dann Schulden tilgen könnte. Damit könnte man einen guten Dienst leisten, damit sich die Stadt nicht immer weiter verschuldet. Es wäre eine Verschiebung von Einnahmen, die zu Ausgaben führen, hin zur Schuldentilgung. Das wäre ein Beitrag zu gesunden Staatsfinanzen dank dem Prinzip der Budgetwahrheit und der Budgetklarheit. Die Bussen vom Vorjahr ins neue Jahr zu übertragen, ist aber ein rückwärtsgerichteter Blick – man möchte aber nach vorne blicken. Diese Art von Finanzpolitik zeigt, dass Budgetvorgaben eben auch Zielvorgaben sind. Das sagte auch Florian Utz (SP), der diese Zielvorgabe zum Ausdruck brachte. Wenn die Zielvorgabe 60 Millionen Franken lautet, wird man sich anstrengen, dieses Ziel auch zu erreichen. Inwiefern das mit Vernunft zu tun hat, ist eine andere Frage – wie auch die Ordnungsbussen für Menschen, die keine Masken tragen. Um das Ziel der 60 Millionen Franken erreichen zu können, werden die Bürger schikaniert. Da es bei den Ordnungsbussen nicht nur um den Strassenverkehr geht, sollte man nicht einen solch hohen Betrag im Budget festschreiben. 30 Millionen Franken weniger reichen aus. Sollten es doch mehr sein, können damit Schulden getilgt werden.*

Stephan Iten (SVP): *Das Budget auf dem Gebührenkonto ist nicht dafür gedacht, dass man damit arbeitet. Man darf nicht so viel budgetieren, wie man einnehmen will und kann nicht einfach für die Schaffung von 600 neuen Stellen in der Verwaltung, 60 Millionen Franken auf dem Bussenkonto budgetieren. Wenn die konstant budgetierten 62 Millionen Franken über Parkbussen nicht erreicht werden, stellen Sie nämlich schlicht neue Blitzkästen auf. Der budgetierte Betrag ist aber nicht dafür gedacht, damit irgendwelche Ausgaben zu planen. Deshalb stellen wir einen Kürzungsantrag. Falls mehr Geld eingenommen werden würde, könnte mit dem Geld Schulden abgebaut werden.*

Derek Richter (SVP): *Ich möchte nicht über die Gebühren selbst, sondern über die Einseitigkeit sprechen, woher die Gebühren stammen. Wie viel Prozent der Gebühren kommen vom Motorisierten Individualverkehr (MIV) und wie viele vom Velo- und Fussgängerverkehr? Es geht um das grundsätzliche Misstrauen, das Sie mit dieser fixierten Menge an Franken der Bevölkerung entgegenbringen. Bei den 30 Millionen Franken handelt es sich um eine Zielvorgabe, die erreicht werden muss. Es müssen aber alle gleich behandelt werden. Für mich sind aber nicht die 30 Millionen Franken entschei-*

dend, sondern die Lügerei: Es ist eine Lüge, dass die unsäglichen Bussen der Verkehrssicherheit dienen sollten. Gewisse Blitzkästen werden rein aus monetären Gründen an Orten, wo überhaupt keine Gefährdung für den Langsamverkehr besteht, aufgestellt. Die SVP will nicht, dass man mit 100 km/h durch die Stadt rast und ist dezidiert für Verkehrssicherheit. Wir begrüßen ausdrücklich, dass man endlich etwas gegen die Poser unternimmt, die andere und sich selbst gefährden. Betreffend der Lügerei von Seiten Stadtrat hätten wir aber in unserer Fraktionserklärung von letzter Woche hinter dem Wort «Bananenrepublik» ein Ausrufezeichen statt ein Fragezeichen setzen sollen.

S. 208 **25** **SICHERHEITSDEPARTEMENT**
2520 **Stadtpolizei**
4270 00 000 **Bussen**

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
020. Antrag Stadtrat			-62 100 000	Mehrheit
		32 100 000	-30 000 000	Minderheit

Vizepräsident Florian Utz (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Raphaël Tschanz (FDP) Johann Widmer (SVP) Referent, Susanne Brunner (SVP)

Begründung: Weniger Bussen budgetieren

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 021.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Sven Sobernheim (GLP): *Florian Utz (SP) warf uns vor, wir würden kleinliche Anträge stellen. Der Antrag mag zwar kleinlich wirken, aber es ist ein Grundsatzantrag. Letztes Jahr schufen wir – zugegebenermassen gegen den Willen der GLP – drei Stellen für die Digitalisierung im Amt für Baubewilligungen (AFB): zwei neue Projektleitende und ein Businessprojektmanager, die die Digitalisierung vorantreiben sollen. Die Digitalisierung machte im AFB auch wirklich einen grossen Schritt. Wir sind auf einem gutem Weg. Es darf aber nicht sein, dass es einerseits Digitalisierungsstellen im Amt für Baubewilligung gibt und andererseits bei jeder Fachstelle Stellen für die Antreibung der Digitalisierung geschaffen werden müssen. Die Baubewilligungsgebühren und gleichzeitig auch die Anzahl Baugesuche nehmen ab. Wir sprechen also nicht nur mehr Stellen, sondern haben auch gleichzeitig weniger Arbeit. Wenn wir die Digitalisierung ernsthaft vorantreiben wollen, müssen wir die Digitalisierung zentralisieren. Das wäre in diesem Fall im Amt für Baubewilligungen. Wenn Sie mit dem Stadtrat gehen, fordern Sie eine Digitalisierung, die überall mehr Stellen mit sich bringt. Das ist unserer Meinung nach nicht der richtige Weg. Die Digitalisierung des Baubewilligungsverfahrens muss es für den Kunden einfacher machen, aber sie muss auch dazu führen, dass wir in diesem Bereich weniger Stellen benötigen.*

Florian Utz (SP): *Ich wurde zweimal missverstanden. Ich finde den Antrag nicht kleinlich, sondern legitim. Wer mehr sparen möchte, sollte entsprechende Anträge*

stellen, die wir im Rat diskutieren können. Ich sagte ausserdem nicht, dass wir budgetierte Einnahmen erreichen wollen. Wenn aber eine bewusst budgetierte Einnahme aus dem Budget reduziert werden soll, will man damit offensichtlich eine Reduktion erreichen. In diesem Antrag geht es um eine neue Stelle bei der Feuerpolizei. Die Stelle ist notwendig zur Prüfung der Baugesuche. Die Prüfung hängt nicht davon ab, ob die Gesuche digital eingereicht werden oder nicht. Nach meinem Kenntnisstand nahmen die Baugesuche mindestens im feuerpolizeilichen Betrieb um fünf Prozent pro Jahr zu. Deshalb halten wir den Antrag des Stadtrats für gut begründet.

S. 213	25 2550 3010 00 000	SICHERHEITSDEPARTEMENT Schutz & Rettung Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
021.	Antrag Stadtrat				75 655 300	Mehrheit
			77 000		75 578 300	Minderheit
						Enthaltung
		Begründung:	Verzicht auf 1 neue unbefristete Stelle, Effizienzen schaffen mit digitalem Baubewilligungsverfahren			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 57 gegen 56 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT

Gemeinsame Behandlung der Anträge 022. und 023.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Alan David Sangines (SP) zieht namens der SP-Fraktion den Antrag der Mehrheit zurück: Die SP ist der Ansicht, dass wir dem Gesundheitspersonal viel zu verdanken haben – auch dem Gesundheitspersonal der Spitex. Dieser Dank soll auch finanziell zum Ausdruck gebracht werden. Die SP kam zum Schluss, dass eine Prämie von 2000 Franken für eine durch die Corona-Pandemie besonders belastete 100-Prozent-Stelle bei den Pflege- und Betreuungsberufen angemessen ist. 2000 Franken entsprechen auf das Arbeitsjahr gerechnet einem Franken pro Arbeitsstunde. Das gesamte Gesundheitspersonal soll als Dank die Prämie von 2000 Franken erhalten. Im vorliegenden Fall geht es aber speziell um die Spitex, für die wir ebenfalls 2000 Franken für das besonders belastete und betroffene Betreuungspersonal fordern. Die AL, die Grünen und die GLP stellten im Budget einen Antrag, der 5 Millionen Franken für die städtischen Angestellten vorsieht. Wie hoch die Prämien für die einzelnen Personen sein sollen, wird aber nicht spezifiziert, sondern soll vom Stadtrat in der Weisung aufgezeigt werden. Bei der Spitex legen sich AL und Grüne hingegen fest und möchten mit ihrem Antrag einen Betrag von

1000 Franken pro Mitarbeitenden einstellen. Die SP findet das zu wenig, da dieser Betrag einer Dankesprämie von 50 Rappen auf die Stunde entsprechen würde. Wir bedauern, dass AL und die Grünen offenbar einen Franken pro Stunde als Dank an das Gesundheitspersonal der Spitex für zu viel Geld halten. Wir sind der Meinung, dass auch die Spitex-Mitarbeitenden 2000 Franken verdient hätten. Leider sind wir die einzigen, die das im Rat so sehen. Da wir keine Mehrheit haben, möchten wir nicht auf Kosten der Spitex stur bleiben. Da Grüne und AL eher für null Franken statt 2000 Franken stimmen – sollte ihr Antrag auf 1000 Franken nicht durchkommen – möchten wir verhindern, dass das Gesundheitspersonal am Ende gar nichts bekommt. Deshalb ziehen wir unseren Antrag zurück und wechseln zur Minderheit 2. So erhalten die Spitex-Mitarbeitenden immerhin 1000 Franken Prämie, auch wenn wir 2000 Franken bevorzugt hätten.

Walter Angst (AL): Wir sprechen hier über einen Zusatzbeschluss zu den 5 Millionen Franken, die wir bereits für die Prämie eingestellt haben. Der Antrag betrifft die Mitarbeitenden der Spitex der Stiftung Alterswohnungen. Wir wollen die geforderten 70 000 Franken auf 50 000 Franken reduzieren, damit wir etwa im Rahmen der 5 Millionen Franken bleiben. Wir finden nicht, dass die Spitex-Mitarbeitenden mehr Geld als die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Stadt erhalten sollten. Es soll eine Gleichbehandlung sein. Beim Antrag 23 geht es um die Spitex-Organisationen, die einen Zusatzbeitrag erhalten sollen, damit sie individuell Prämien an Personen, die in der Corona-Pandemie besondere Leistungen erbracht haben, auszahlen können. In Antrag 23 möchten wir den Betrag von einer Million Franken auf 700 000 Franken kürzen.

Susanne Brunner (SVP): Die Grosszügigkeit der SP und AL ist bemerkenswert. Wir sprechen bei Antrag 22 und 23 gleich wie bei Antrag 4 aber wieder über Geld, das wir gar nicht haben. Wir gehen heute Abend von einem Defizit von 155 Millionen Franken aus und verschlechtern das Budget trotzdem schrittweise weiter. Es ist grundsätzlich positiv, wenn man sich an der Privatwirtschaft orientiert und variable Lohnbestandteile als attraktiv betrachtet. Diese kann man aber nur auszahlen, wenn das Geld auch vorhanden ist. Die linke Ratsmehrheit hantiert wieder einmal mit Geld, das wir nicht haben.

Weitere Wortmeldungen:

Shaibal Roy (GLP): Im Kontext von Antrag 4 stimmen wir bei Antrag 22 für den reduzierten Antrag von 50 000 Franken und bei Antrag 23 für die 700 000 Franken.

Elisabeth Schoch (FDP): Wir schätzen die Leistung des Gesundheitspersonals und anerkennen, dass sie ausserordentliche Arbeit geleistet haben und leisten werden. Wir sind aber der Meinung, dass die Prämienvergabe eine Führungsaufgabe ist und vertrauen darauf, dass die Leitung der Spitex entsprechend zeitnah handelt. Einmal mehr respektieren Sie die selbstständigen Institutionen mit ihrer eigenen Entscheidungsbefugnis nicht. Die Spitex ist privatwirtschaftlich organisiert als Verein und hat eine Risikogarantie, die die Mehrkosten decken würde. Sie misstrauen der Spitex-Leitung aber und schreiben ihr vor, dass sie allen nach dem Giesskannen-Prinzip 2000 Franken verteilen muss – ungeachtet dessen, dass es vielleicht einige gibt, die mehr und andere, die weniger geleistet haben. Sie greifen damit in die Leitung der Spitex ein. Das ist ein Übergriff auf die Selbstständigkeit der Institutionen und es ist Mikromanagement. Die Geschäftsleitung muss ihren Mitarbeitenden mitteilen, dass über Weihnachten voller Einsatz verlangt wird und allenfalls schlechte Nachrichten überbringen. Im gleichen Zug soll sie ihnen sagen, dass sie vom Gemeinderat 2000 Franken geschenkt bekommen. Der Gemeinderat will die guten Neuigkeiten überbringen, während die Geschäftsleitung die schlechten Nachrichten überbringen muss. Das ist kontraproduktiv und auch ein wenig

schräg. Sie hätten auch einen Betrag einstellen können und die Geschäftsleitung selbst entscheiden lassen, wie sie mit diesem Betrag umgeht. Sie wollen der Geschäftsleitung hingegen vorschreiben, wer wie viel bekommt. Die FDP enthält sich, weil wir einerseits die wertschätzende Führung unterstützen und andererseits aber dezidiert dagegen sind, dass in die Führung von privaten Unternehmen – in diesem Fall eines Vereins – eingegriffen wird und vorgeschrieben wird, wie die Mitarbeitenden zu führen sind.

Walter Anken (SVP): *Man bekommt langsam ein gewisses Unbehagen im Zusammenhang mit den Einmalzahlungen. Im Namen der SVP möchte ich es aber nicht unterlassen, sämtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die in den Pflegezentren extrem gefordert waren, auch von unserer Seite herzlich zu danken. Auch wir sind natürlich sehr froh, wenn wir diese Top-Pflege in den Spitälern in Anspruch nehmen können. Wir lehnen die Einmalzahlungen aber ab, weil wir sie mit anderen Berufen verglichen haben. Es gab eine Zeit lang in der Stadt mehrere Demonstrationen pro Woche und die Polizei musste unter erschwerten Bedingungen arbeiten und wurde zum Teil verletzt. Auch die Sanität wurde angegriffen und verletzt. Diese Menschen bekommen aber genauso wenig wie die Feuerwehr, die aus brennenden Häusern Menschen rettet und ihr Leben riskiert, eine Einmalzahlung. Wir finden die Einmalzahlungen deshalb nicht fair und lehnen sie ab. Die städtischen Angestellten haben wenigstens einen sicheren Arbeitsplatz. Viele Menschen in der Privatwirtschaft haben ihren Job verloren, stehen am Rand des Konkurses oder am Existenzende. Ein sicheres Einkommen und ein sicherer Arbeitsplatz sind in dieser Krise absolut zentral und das wichtigste. Unser herzlicher Dank geht an die Mitarbeitenden, aber wir lehnen den Antrag aus Fairnessgründen ab.*

S. 231	30 3010 3634 30 000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Städtische Gesundheitsdienste Beiträge an öffentliche Unternehmungen für Pflegeleistungen der ambulanten Krankenpflege (Spitex)				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
022.	Antrag Stadtrat				2 867 600	Minderheit 1 Susanne Brunner (SVP) Referentin, Johann Widmer (SVP)
				50 000	2 917 600	Minderheit 2 Walter Angst (AL) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne)
				100 000	2 967 600	Mehrheit Alan David Sangines (SP) Referent, Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP)
					Enthaltung	Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Raphaël Tschanz (FDP)
		Begründung:	AL/Grüne: Einmalzulage für besondere Leistungen (Pandemie); SP: Einmalzulage von Fr. 2000 (je nach Betroffenheit und Anstellungspensum anteilmässig) für die Mitarbeitenden und Lernenden in den Pflege- und Betreuungsberufen als Dank für den grossen Einsatz während der Corona-Pandemie			

Alan David Sangines (SP) zieht namens der SP-Fraktion den Antrag der Mehrheit zurück.

Walter Angst (AL) beantragt für den Antrag der Minderheit 2 neu eine Erhöhung um 50 000 Franken.

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit 2:

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit 2 mit 73 gegen 22 Stimmen (bei 16 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 023.

Wortmeldungen siehe Antrag 022.

S. 232	30 3010 3636 30 000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Städtische Gesundheitsdienste Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck für Pflegeleistungen der ambulanten Krankenpflege (Spitex)				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
023.	Antrag Stadtrat				62 168 000 1 118 800 N	Minderheit 1 Susanne Brunner (SVP) Referentin, Johann Widmer (SVP)
				700 000	63 986 800	Minderheit 2 Walter Angst (AL) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne)
				1 400 000	64 686 800	Mehrheit Alan David Sangines (SP) Referent, Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP)
						Enthaltung Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Raphaël Tschanz (FDP)
		Begründung:	AL/Grüne: Einmalzulage für besondere Leistungen (Pandemie); SP: Einmalzulage von Fr. 2000 (je nach Betroffenheit und Anstellungspensum anteilmässig) für die Mitarbeitenden und Lernenden in den Pflege- und Betreuungsberufen als Dank für den grossen Einsatz während der Corona-Pandemie			

Alan David Sangines (SP) zieht namens der SP-Fraktion den Antrag der Mehrheit zurück.

Walter Angst (AL) beantragt für den Antrag der Minderheit 2 neu eine Erhöhung um 700 000 Franken.

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit 2:

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit 2 mit 85 gegen 13 Stimmen (bei 19 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 024. bis 031.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Alan David Sangines (SP) beantragt Abstimmung unter Namensaufruf für die Anträge 024. bis 031.: Die SP ist der Ansicht, dass den Mitarbeitenden des Gesundheitswesens ein enormer Dank gebührt. Bei den nächsten acht Anträgen geht es um das Gesundheitspersonal der Pflegezentren, der Alterszentren und der Stadtspitäler und die besonders betroffenen Menschen aus der Pflege und Betreuung. Wir sind der Ansicht, dass diese Menschen einen speziellen Dank verdient haben, da sie für die wichtige

Arbeit und die riesige Verantwortung absolut unterbezahlt sind. Die SP möchte es nicht beim mündlichen Dank belassen. Die SVP spricht dem Gesundheitspersonal zwar ihren Dank aus, aber will kein Geld sprechen. Ich frage mich, wie die SVP reagiert hätte, wenn wir dem leidenden Gewerbe unseren Dank ausgesprochen hätten, ohne dabei Geld zu sprechen. Warme Worte und Applaus alleine reichen nicht aus. Wir möchten, dass das Gesundheitspersonal auch eine finanzielle Dankesprämie erhält. Mit den folgenden acht Anträgen schlägt die SP vor, dem während der Corona-Pandemie besonders betroffenen Betreuungs- und Pflegepersonal für eine Vollzeitstelle eine Einmalprämie von 2000 Franken zu geben. Die 2000 Franken können bei einem tieferen Pensum reduziert werden. Das entspricht einem Franken pro Arbeitsstunde. Wir finden 2000 Franken das mindeste und bedauern, dass der Rest des Rats das anders sieht. Zwar behaupten gerade AL, Grüne und GLP, dass sie mit ihrem Antrag 5 Millionen Franken bereitgestellt hätten, um insbesondere dem Gesundheitspersonal eine Prämie zu sprechen. Die 5 Millionen Franken reichen aber bei weitem nicht aus, um auch nur in die Nähe des von der SP vorgeschlagenen Betrags von 2000 Franken Einmalprämie zu kommen. Die GLP will das Geld nicht nur für das Gesundheitspersonal ausgeben, während AL und Grüne insbesondere das Gesundheitspersonal im Blick haben. Der Stadtrat denkt auch an Entsorgung und Recycling Zürich (ERZ), Schutz und Rettung und an die Polizei. Damit sind wir einverstanden – die Konsequenz ist dann aber, dass die 5 Millionen Franken ungefähr einer Beitragsprämie von 200 bis 400 Franken pro Person entsprechen würden. Auch wenn die von Ihnen erwähnten Personen vom ERZ und Schutz und Rettung eine Prämie erhalten sollen, ist uns wichtig, das Gesundheitspersonal sicher 2000 Franken Prämie bekommt. Wir bedauern, dass nur wir das so sehen. Auch wenn wir heute alleine da stehen, werden wir weiterkämpfen, damit das Gesundheitspersonal eine anständige Prämie für die wichtige Arbeit erhält, die sie während der COVID-Pandemie leistet. Wir fordern den restlichen Rat auf, sich hinter das Gesundheitspersonal zu stellen und heute mit den nachfolgenden acht Anträgen dafür zu sorgen, dass das besonders betroffene Gesundheitspersonal eine anständige Prämie von 2000 Franken bekommt und nicht nur 200 oder 400 Franken. Die SP verlangt deshalb Namensaufruf bei den folgenden acht Abstimmungen.

Felix Moser (Grüne): *Am Anfang der Debatte bei Antrag 4 sprach die Mehrheit des Rats für eine Einmalzulage von 5 Millionen Franken. In der Begründung heisst es: «Einmalzulagen für besondere Leistungen, insbesondere Gesundheitspersonal.» Die Zulagen sollen also insbesondere fürs Gesundheitspersonal verwendet werden. Es wurde gesagt, dass der Stadtrat eine Weisung ausarbeiten wird, weil es einen Ausgabenbeschluss des Gemeinderats braucht. Wir werden also so oder so nochmals über den Antrag diskutieren. Die SP will allen Pflegerinnen und Pflegern 2000 Franken auszahlen. Das halten wir für eine spezielle Einschränkung und finden es besser, wenn der Stadtrat bestimmen kann, wer Anspruch auf die Prämie hat. Es ist klar, dass Pflegerinnen und Pfleger beim Gesundheitspersonal integriert sind. Wir halten deshalb an unserem Antrag 4 fest, der auch bereits überwiesen wurde. Wir sehen nicht ganz ein, weshalb es hier einen zweiten Antrag braucht.*

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Florian Blättler (SP): *Was heute im Rat beschlossen wird, ist einfach nur beschämend. Im Frühling stand ein Teil der Bevölkerung auf ihre Balkone und klatschte für das Gesundheitspersonal, um das es heute geht. Die Medien nannten sie systemrelevant und lobten sie in höchsten Tönen. Von Lob alleine lebt man aber nicht. Im englischen sagt man dazu: «Put your money where your mouth is». Worte sind nichts wert, wenn nicht auch die entsprechenden Taten folgen. Lassen Sie bitte den Worten Taten folgen und stimmen Sie unserem Antrag zu.*

Elisabeth Schoch (FDP): Wir schätzen die Leistung des Gesundheitswesens und anerkennen ihre ausserordentliche Arbeit. Wir sind aber der Meinung, dass es sich um eine Führungsaufgabe handelt und vertrauen darauf, dass der Stadtrat gemeinsam mit den Departementsleitern und Departementsleiterinnen entsprechend zeitnah handelt. Der Stadtrat entschied sich im Oktober, eine entsprechende Wertschätzung auszusprechen. Wir sind überzeugt, dass er das auch in Zukunft tun wird. Offensichtlich trauen Sie Ihrem eigenen Stadtrat und der Leitung der Alters- und Pflegezentren sowie der Spitäler nicht zu, situativ die richtigen Entscheide zu treffen. Offensichtlich wollen Sie diejenigen sein, die ein Weihnachtsgeschenk überreichen – viel mehr sind die 2000 Franken nämlich nicht. Wir enthalten uns, weil wir überzeugt sind, dass die Departementsleiter und Departementsleiterinnen in Zusammenarbeit mit dem Stadtrat die richtigen Entscheidungen mit Augenmass treffen und Fairness zu Zufriedenheit führt. Giesskannen-Systeme sind hingegen in der Regel nicht fair.

Walter Angst (AL): Die theatralischen Auftritte finde ich unpassend, weil wir letzte Woche eine Debatte über die Einmalzulagen hatten und wir die Problematiken, gerade in Bezug auf feste Beträge für einzelne Gruppen, kennen. Wir einigten uns letzte Woche darauf, dem Stadtrat den Auftrag zu geben, eine ausgewogene Vorlage auszuarbeiten, die alle Betroffenen berücksichtigt und wir definierten mit den 5 Millionen Franken einen Kostenrahmen. Auch wenn man diesen Mehrheitsentscheid kritisieren kann, finde ich das Fingerzeigen auf die «Bösen» unangebracht. Wir führten die Debatte bereits beim ersten Antrag und es wäre gut, wenn wir jetzt zu den Abstimmungen schreiten könnten.

Samuel Balsiger (SVP): Walter Angst (AL) kritisiert zurecht die Theatralik der SP. Man merkt, dass wir im Wahlkampf sind und die Gemeinderatswahlen bald beginnen. Der erste Sprecher der SP bewies mit seinem Votum, dass die Anträge vor diesem Hintergrund entstehen. Er sagte, dass die Löhne des Pflegepersonals viel zu tief für die gut geleistete Arbeit sind. Als Lösung dafür, dass das Pflegepersonal zwölf Monate im Jahr zu wenig Geld bekommt, wollen Sie ihnen einmal 2000 Franken geben. Wenn die Löhne wirklich zu tief sind, müsste ein aufrechter Gewerkschafter und Linker mehr Lohn und nicht in einem theatralischen Wahlkampfauftritt, den selbst die AL durchschaut, 2000 Franken fordern. Ich leistete Zivildienst und verbrachte Monate in Pflegeheimen und sprach damals viel mit den Menschen. Mich interessieren ihre Probleme. Die Pflege-mitarbeiter sagten mir damals, dass für sie die Bürokratie eine grosse Belastung sei, die etwa einen Drittel des Tages einnehme. Wenn Sie das Pflegepersonal entlasten wollen, sollten Sie diese Bürokratie abschaffen. Das ist meistens die beste Lösung für Probleme beim Staat.

Ernst Danner (EVP): Die SP geht mit diesen Anträgen ein stückweit auf Stimmenfang. Wir stimmten mit Überzeugung den 5 Millionen Franken zu, sowohl für das Pflegepersonal, aber auch für andere Berufsgruppen, die massiv stärker durch die Pandemie belastet wurden. 1,1 Millionen Franken wurden für die Spitex gesprochen, die ebenfalls eine Zusatzbelastung hatte. Auch in Schulen und Kinderkrippen und an verschiedensten Orten gab es Menschen, die wirklich stark herausgefordert wurden und auch diese wollen wir belohnen. Die rund 6 Millionen Franken sollten für angemessene Zulagen ausreichen. Das Gesundheitspersonal wird lohntechnisch nicht mehr diskriminiert. Wenn dem noch so wäre, müsste man den zu tiefen Lohn mit anderen Mitteln als mit Einmalzulagen erhöhen.

Florian Utz (SP): Es ist absolut legitim, wenn man die Einmalzulage vollständig ablehnt. Es ist auch legitim, der Meinung zu sein, dass durchschnittlich 217 Franken Prämie pro Mitarbeiterin oder Mitarbeiter ausreichend sind. Es ist aber genauso legitim, wenn man für die am stärksten betroffenen Personen eine Prämie von einem Franken pro Stunde angemessen findet. Nur weil man anderer Meinung ist, sollte man den anderen keine Wahlkampfstrategie, Theatralik oder unehre Motive vorwerfen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: *In Antrag 4 entschieden Sie, dass Sie dem städtischen Personal 5 Millionen Franken im Sinn von Prämien auszahlen möchten und insbesondere das Personal im Gesundheitswesen berücksichtigen. Ich kann Ihnen versichern, dass ich mich dafür einsetzen werde, dass insbesondere das Personal im Gesundheitswesen profitieren wird. Es ist mir wichtig, dass Pflegerinnen und Pfleger zufrieden sind und langfristig bei uns in den Betrieben bleiben. Im Beruf des Pflegenden gibt es verschiedene Herausforderungen und Schwierigkeiten. Das ist kein spezifisch städtisches Problem, sondern ein generelles. Es ist ein Problem, das Menschen viel zu schnell wieder aus dem Beruf aussteigen. Auch Herausforderungen wie Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben, Ausbildungsthemen und auch die Funktionseinstufungen müssen überprüft werden. Man hilft dem Pflegepersonal aber viel mehr, wenn insgesamt überprüft wird, wo es Verbesserungsmöglichkeiten gibt. Ich glaube, der Antrag von 5 Millionen Franken ist eine faire Lösung, weil Menschen, die einen besonderen Einsatz geleistet haben, prämiert werden. Das ist in verschiedensten Gebieten der Fall – natürlich auch im Pflegebereich.*

S. 45 **30** **GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT**
 3020 **Pflegezentren**
 PG 1 **Erfolgsrechnung: Produktegruppen-Globalbudget / Saldo**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
024.	Antrag Stadtrat			-5 715 700	Mehrheit	Präsident Felix Moser (Grüne) Referent, Walter Angst (AL), Susanne Brunner (SVP), Shaibal Roy (GLP), Johann Widmer (SVP)
			2 364 000	-3 351 700	Minderheit	Alan David Sangines (SP) Referent, Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP)
					Enthaltung	Severin Pflüger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Einmalzulage von Fr. 2000 (je nach Betroffenheit und Anstellungspensum anteilmässig) für alle Pflegerinnen und Pfleger (inkl. Lernende), als Dank für den grossen Einsatz während der Corona-Pandemie

Alan David Sangines (SP) beantragt Abstimmung unter Namensaufruf.

Der Rat stimmt dem Antrag von Alan David Sangines (SP) mit 91 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 30 Stimmen gemäss Art. 41 Abs. 1 GeschO GR erreicht.

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit und gemäss Art. 41 GeschO GR (Namensaufruf):

Abstimmungsprotokoll			
Platz#	Name Vorname	Partei	Stimme
104	Anderegg Peter	EVP	Ja
143	Angst Walter	AL	Ja
20	Anken Walter	SVP	Ja
56	Avdili Përparim	FDP	Enthalten
89	Baggenstos Tobias	SVP	-

26	Balsiger Samuel	SVP	Ja
23	Bartholdi Roger	SVP	Ja
140	Bätschmann Monika	Grüne	Ja
32	Baumann Markus	GLP	-
65	Beer Duri	SP	Nein
31	Bertozzi Roberto	SVP	Ja
84	Blättler Florian	SP	Nein
61	Boppart Judith	SP	Nein
11	Bourgeois Yasmine	FDP	Enthalten
72	Brander Simone	SP	Nein
125	Breitenstein Sarah	SP	Nein
68	Brunner Alexander	FDP	-
30	Brunner Susanne	SVP	Ja
135	Bührig Marcel	Grüne	Ja
139	Bürgisser Balz	Grüne	Ja
14	Bürki Martin	FDP	Enthalten
91	Cavalli Nicolas	GLP	Ja
105	Danner Ernst	EVP	Ja
55	Dellenbach Hans	FDP	Enthalten
130	Denoth Marco	SP	-
85	Diggelmann Simon	SP	Nein
69	Dufournet Mélissa	FDP	Enthalten
152	Eberle Natalie	AL	Ja
6	Egger Heidi	SP	Nein
12	Egli Andreas	FDP	Enthalten
71	Egloff Mathias	SP	Nein
59	Eichenberger Angelica	SP	Nein
70	Erdem Niyazi	SP	Nein
82	Eugster Emanuel	SVP	Ja
74	Fischer Renate	SP	Nein
103	Föhn Roger	EVP	Ja
78	Früh Anjushka	SP	Nein
142	Fürer Brigitte	Grüne	Ja
101	Garcia Isabel	GLP	Ja
149	Garcia Nuñez David	AL	Ja
57	Geissbühler Marco	SP	Nein
53	Giger Nicole	SP	Nein
2	Glaser Helen	SP	Nein
27	Götzl Martin	SVP	Ja
123	Graf Davy	SP	Nein
131	Helfenstein Urs	SP	Nein
96	Hofer Frei Simone	GLP	Ja
147	Hofstetter Julia	Grüne	Ja
67	Huber Patrick Hadi	SP	Nein
52	Huberson Nadia	SP	Nein
10	Huser Christian	FDP	Enthalten
24	im Oberdorf Bernhard	SVP	Ja
81	Iten Stephan	SVP	Ja
66	Kägi Götz Maya	SP	Nein
100	Kälin-Werth Simon	Grüne	Ja

121	Käppeli Hans Jörg	SP	Nein
51	Karakostas Sofia	SP	Nein
148	Kirstein Andreas	AL	Ja
93	Kisker Gabriele	Grüne	Ja
92	Knauss Markus	Grüne	Ja
76	Koch Sabine	FDP	Enthalten
79	Kraft Michael	SP	Nein
35	Krayenbühl Guy	GLP	Ja
138	Kunz Markus	Grüne	Ja
133	Lamprecht Pascal	SP	Nein
39	Landolt Maleica	GLP	Ja
15	Leiser Albert	FDP	Enthalten
146	Leitner Verhoeven Andrea	AL	Ja
137	Maggi Luca	Grüne	-
145	Maillard Patrik	AL	Ja
127	Manser Joe A.	SP	-
54	Manz Mathias	SP	Nein
99	Marti Res	Grüne	Ja
129	Meier Severin	SP	Nein
33	Merki Markus	GLP	Ja
90	Monn Christian	GLP	Ja
134	Moser Felix	Grüne	Ja
62	Müller Marcel	FDP	Enthalten
29	Müller Rolf	SVP	Ja
94	Nabholz Ann-Catherine	GLP	Ja
73	Näf Ursula	SP	Nein
102	Novak Martina	GLP	Ja
34	Oberholzer Beat	GLP	Ja
75	Pauli Cathrine	FDP	Enthalten
49	Pflüger Severin	FDP	Enthalten
3	Probst Matthias	Grüne	Ja
106	Rabelbauer Claudia	EVP	Ja
141	Rauser Jürg	Grüne	Ja
120	Renggli Matthias	SP	Nein
8	Richli Mark	SP	Nein
7	Richter Derek	SVP	Ja
136	Riklin Urs	Grüne	Ja
144	Romanelli Olivia	AL	Ja
95	Roy Shaibal	GLP	Ja
9	Rühli Frank	FDP	Enthalten
86	Sangines Alan David	SP	Nein
87	Savarioud Marcel	SP	Nein
151	Schiller Christina	AL	-
1	Schiwow Mischa	AL	Ja
132	Schmid Marion	SP	Nein
19	Schmid Michael	FDP	Enthalten
16	Schoch Elisabeth	FDP	Enthalten
28	Schwendener Thomas	SVP	-
122	Seidler Christine	SP	Nein
83	Señorán Maria del Carmen	SVP	Ja

97	Siev Ronny	GLP	Ja
124	Silberring Pawel	SP	Nein
38	Sobernheim Sven	GLP	Ja
60	Speck Roger-Paul	SP	Nein
58	Tobler Marcel	SP	Nein
50	Tschanz Raphaël	FDP	Enthalten
64	Urben Michel	SP	Nein
88	Urech Stefan	SVP	Ja
17	Ursprung Corina	FDP	Enthalten
80	Utz Florian	SP	Nein
63	Vogel Sebastian	FDP	Enthalten
98	Walgis Selina	Grüne	Ja
77	Wey Natascha	SP	Nein
25	Widmer Johann	SVP	Ja
126	Wiesmann Barbara	SP	Nein
150	Wottreng Willi	AL	Ja
128	Ziswiler Vera	SP	Nein
18	Zürcher Martina	FDP	Enthalten
13	Zygmont Dominique	FDP	Enthalten

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 55 gegen 41 Stimmen (bei 20 Enthaltungen) zu.

Antrag 025.

Wortmeldungen siehe Antrag 024.

S. 45	30	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT			
	3020	Pflegezentren			
	PG 4	Erfolgsrechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
025.	Antrag Stadtrat			13 425 100 Mehrheit	Präsident Felix Moser (Grüne) Referent, Walter Angst (AL), Susanne Brunner (SVP), Shaibal Roy (GLP), Johann Widmer (SVP)
			844 000	14 269 100 Minderheit	Alan David Sangines (SP) Referent, Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP)
				Enthaltung	Severin Pflüger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
		Begründung: Einmalzulage von Fr. 2000 (je nach Betroffenheit und Anstellungspensum anteilmässig) für alle Pflegerinnen und Pfleger (inkl. Lernende), als Dank für den grossen Einsatz während der Corona-Pandemie			

Alan David Sangines (SP) beantragt Abstimmung unter Namensaufruf.

Der Rat stimmt dem Antrag von Alan David Sangines (SP) mit 91 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 30 Stimmen gemäss Art. 41 Abs. 1 GeschO GR erreicht.

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit und gemäss Art. 41 GeschO GR (Namensaufruf):

Abstimmungsprotokoll			
Platz#	Name Vorname	Partei	Stimme
104	Anderegg Peter	EVP	Ja
143	Angst Walter	AL	Ja
20	Anken Walter	SVP	Ja
56	Avdili Përparim	FDP	Enthalten
89	Baggenstos Tobias	SVP	-
26	Balsiger Samuel	SVP	Ja
23	Bartholdi Roger	SVP	Ja
140	Bätschmann Monika	Grüne	Ja
32	Baumann Markus	GLP	-
65	Beer Duri	SP	Nein
31	Bertozzi Roberto	SVP	Ja
84	Blättler Florian	SP	Nein
61	Boppart Judith	SP	-
11	Bourgeois Yasmine	FDP	Enthalten
72	Brander Simone	SP	Nein
125	Breitenstein Sarah	SP	Nein
68	Brunner Alexander	FDP	-
30	Brunner Susanne	SVP	Ja
135	Bührig Marcel	Grüne	Ja
139	Bürgisser Balz	Grüne	Ja
14	Bürki Martin	FDP	Enthalten
91	Cavalli Nicolas	GLP	Ja
105	Danner Ernst	EVP	Ja
55	Dellenbach Hans	FDP	Enthalten
130	Denoth Marco	SP	-
85	Diggelmann Simon	SP	Nein
69	Dufournet Mélissa	FDP	Enthalten
152	Eberle Natalie	AL	Ja
6	Egger Heidi	SP	Nein
12	Egli Andreas	FDP	Enthalten
71	Egloff Mathias	SP	-
59	Eichenberger Angelica	SP	Nein
70	Erdem Niyazi	SP	Nein
82	Eugster Emanuel	SVP	Ja
74	Fischer Renate	SP	Nein
103	Föhn Roger	EVP	Ja
78	Früh Anjushka	SP	Nein
142	Fürer Brigitte	Grüne	Ja
101	Garcia Isabel	GLP	Ja
149	Garcia Nuñez David	AL	Ja
57	Geissbühler Marco	SP	Nein
53	Giger Nicole	SP	Nein
2	Glaser Helen	SP	Nein
27	Götzl Martin	SVP	Ja

123	Graf Davy	SP	Nein
131	Helfenstein Urs	SP	Nein
96	Hofer Frei Simone	GLP	Ja
147	Hofstetter Julia	Grüne	Ja
67	Huber Patrick Hadi	SP	Nein
52	Huberson Nadia	SP	Nein
10	Huser Christian	FDP	Enthalten
24	im Oberdorf Bernhard	SVP	Ja
81	Iten Stephan	SVP	Ja
66	Kägi Götz Maya	SP	Nein
100	Kälin-Werth Simon	Grüne	Ja
121	Käppeli Hans Jörg	SP	Nein
51	Karakostas Sofia	SP	Nein
148	Kirstein Andreas	AL	Ja
93	Kisker Gabriele	Grüne	Ja
92	Knauss Markus	Grüne	Ja
76	Koch Sabine	FDP	Enthalten
79	Kraft Michael	SP	Nein
35	Krayenbühl Guy	GLP	Ja
138	Kunz Markus	Grüne	Ja
133	Lamprecht Pascal	SP	Nein
39	Landolt Maleica	GLP	Ja
15	Leiser Albert	FDP	Enthalten
146	Leitner Verhoeven Andrea	AL	Ja
137	Maggi Luca	Grüne	Ja
145	Maillard Patrik	AL	Ja
127	Manser Joe A.	SP	Nein
54	Manz Mathias	SP	Nein
99	Marti Res	Grüne	Ja
129	Meier Severin	SP	Nein
33	Merki Markus	GLP	Ja
90	Monn Christian	GLP	Ja
134	Moser Felix	Grüne	Ja
62	Müller Marcel	FDP	Enthalten
29	Müller Rolf	SVP	Ja
94	Nabholz Ann-Catherine	GLP	Ja
73	Näf Ursula	SP	Nein
102	Novak Martina	GLP	Ja
34	Oberholzer Beat	GLP	Ja
75	Pauli Cathrine	FDP	Enthalten
49	Pflüger Severin	FDP	Enthalten
3	Probst Matthias	Grüne	Ja
106	Rabelbauer Claudia	EVP	Ja
141	Rauser Jürg	Grüne	Ja
120	Renggli Matthias	SP	Nein
8	Richli Mark	SP	Nein
7	Richter Derek	SVP	Ja
136	Riklin Urs	Grüne	Ja
144	Romanelli Olivia	AL	Ja
95	Roy Shaibal	GLP	Ja

9	Rühli Frank	FDP	Enthalten
86	Sangines Alan David	SP	Nein
87	Savarioud Marcel	SP	Nein
151	Schiller Christina	AL	-
1	Schiwow Mischa	AL	Ja
132	Schmid Marion	SP	Nein
19	Schmid Michael	FDP	Enthalten
16	Schoch Elisabeth	FDP	Enthalten
28	Schwendener Thomas	SVP	-
122	Seidler Christine	SP	Nein
83	Señorán Maria del Carmen	SVP	Ja
97	Siev Ronny	GLP	Ja
124	Silberring Pawel	SP	Nein
38	Sobernheim Sven	GLP	Ja
60	Speck Roger-Paul	SP	Nein
58	Tobler Marcel	SP	Nein
50	Tschanz Raphaël	FDP	Enthalten
64	Urben Michel	SP	Nein
88	Urech Stefan	SVP	Ja
17	Ursprung Corina	FDP	Enthalten
80	Utz Florian	SP	Nein
63	Vogel Sebastian	FDP	Enthalten
98	Walgis Selina	Grüne	Ja
77	Wey Natascha	SP	Nein
25	Widmer Johann	SVP	Ja
126	Wiesmann Barbara	SP	Nein
150	Wottreng Willi	AL	Ja
128	Ziswiler Vera	SP	Nein
18	Zürcher Martina	FDP	Enthalten
13	Zygmont Dominique	FDP	Enthalten

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 56 gegen 40 Stimmen (bei 20 Enthaltungen) zu.

Antrag 026.

Wortmeldungen siehe Antrag 024.

S. 67 **30**
3026
PG 1

GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT
Alterszentren
Erfolgsrechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
026. Antrag Stadtrat			-4 953 600 Mehrheit	Präsident Felix Moser (Grüne) Referent, Walter Angst (AL), Susanne Brunner (SVP), Shaibal Roy (GLP), Johann Widmer (SVP)

882 000 -4 071 600 Minderheit Alan David Sangines (SP)
 Referent, Vizepräsident
 Florian Utz (SP), Dr. Florian
 Blättler (SP), Renate Fi-
 scher (SP)
 Enthaltung Severin Pflüger (FDP),
 Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Einmalzulage von Fr. 2000 (je nach Betroffenheit und Anstellungspensum
 anteilmässig) für alle Pflegerinnen und Pfleger (inkl. Lernende), als Dank
 für den grossen Einsatz während der Corona-Pandemie

Alan David Sangines (SP) beantragt Abstimmung unter Namensaufruf.

Der Rat stimmt dem Antrag von Alan David Sangines (SP) mit 91 Stimmen zu. Somit ist
 das Quorum von 30 Stimmen gemäss Art. 41 Abs. 1 GeschO GR erreicht.

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für
 den Antrag der Minderheit und gemäss Art. 41 GeschO GR (Namensaufruf):

Abstimmungsprotokoll			
Platz#	Name Vorname	Partei	Stimme
104	Anderegg Peter	EVP	Ja
143	Angst Walter	AL	Ja
20	Anken Walter	SVP	Ja
56	Avdili Përparim	FDP	Enthalten
89	Baggenstos Tobias	SVP	-
26	Balsiger Samuel	SVP	Ja
23	Bartholdi Roger	SVP	Ja
140	Bätschmann Monika	Grüne	Ja
32	Baumann Markus	GLP	-
65	Beer Duri	SP	Nein
31	Bertozzi Roberto	SVP	Ja
84	Blättler Florian	SP	Nein
61	Boppart Judith	SP	Nein
11	Bourgeois Yasmine	FDP	Enthalten
72	Brander Simone	SP	Nein
125	Breitenstein Sarah	SP	Nein
68	Brunner Alexander	FDP	-
30	Brunner Susanne	SVP	Ja
135	Bührig Marcel	Grüne	Ja
139	Bürgisser Balz	Grüne	Ja
14	Bürki Martin	FDP	Enthalten
91	Cavalli Nicolas	GLP	Ja
105	Danner Ernst	EVP	Ja
55	Dellenbach Hans	FDP	Enthalten
130	Denoth Marco	SP	-
85	Diggelmann Simon	SP	Nein
69	Dufournet Mélissa	FDP	Enthalten
152	Eberle Natalie	AL	Ja
6	Egger Heidi	SP	Nein
12	Egli Andreas	FDP	Enthalten
71	Egloff Mathias	SP	Nein

59	Eichenberger Angelica	SP	Nein
70	Erdem Niyazi	SP	Nein
82	Eugster Emanuel	SVP	Ja
74	Fischer Renate	SP	Nein
103	Föhn Roger	EVP	Ja
78	Früh Anjushka	SP	Nein
142	Fürer Brigitte	Grüne	Ja
101	Garcia Isabel	GLP	Ja
149	Garcia Nuñez David	AL	Ja
57	Geissbühler Marco	SP	Nein
53	Giger Nicole	SP	Nein
2	Glaser Helen	SP	Nein
27	Götzl Martin	SVP	Ja
123	Graf Davy	SP	Nein
131	Helfenstein Urs	SP	Nein
96	Hofer Frei Simone	GLP	Ja
147	Hofstetter Julia	Grüne	Ja
67	Huber Patrick Hadi	SP	Nein
52	Huberson Nadia	SP	Nein
10	Huser Christian	FDP	Enthalten
24	im Oberdorf Bernhard	SVP	Ja
81	Iten Stephan	SVP	Ja
66	Kägi Götz Maya	SP	Nein
100	Kälin-Werth Simon	Grüne	Ja
121	Käppeli Hans Jörg	SP	Nein
51	Karakostas Sofia	SP	Nein
148	Kirstein Andreas	AL	Ja
93	Kisker Gabriele	Grüne	Ja
92	Knauss Markus	Grüne	Ja
76	Koch Sabine	FDP	Enthalten
79	Kraft Michael	SP	Nein
35	Krayenbühl Guy	GLP	Ja
138	Kunz Markus	Grüne	Ja
133	Lamprecht Pascal	SP	Nein
39	Landolt Maleica	GLP	Ja
15	Leiser Albert	FDP	Enthalten
146	Leitner Verhoeven Andrea	AL	Ja
137	Maggi Luca	Grüne	Nein
145	Maillard Patrik	AL	Ja
127	Manser Joe A.	SP	Nein
54	Manz Mathias	SP	Nein
99	Marti Res	Grüne	Ja
129	Meier Severin	SP	Nein
33	Merki Markus	GLP	Ja
90	Monn Christian	GLP	Ja
134	Moser Felix	Grüne	Ja
62	Müller Marcel	FDP	Enthalten
29	Müller Rolf	SVP	Ja
94	Nabholz Ann-Catherine	GLP	Ja
73	Näf Ursula	SP	Nein

102	Novak Martina	GLP	Ja
34	Oberholzer Beat	GLP	Ja
75	Pauli Cathrine	FDP	Enthalten
49	Pflüger Severin	FDP	Enthalten
3	Probst Matthias	Grüne	Ja
106	Rabelbauer Claudia	EVP	Ja
141	Rauser Jürg	Grüne	Ja
120	Renggli Matthias	SP	Nein
8	Richli Mark	SP	Nein
7	Richter Derek	SVP	Ja
136	Riklin Urs	Grüne	Ja
144	Romanelli Olivia	AL	Ja
95	Roy Shaibal	GLP	Ja
9	Rühli Frank	FDP	Enthalten
86	Sangines Alan David	SP	Nein
87	Savarioud Marcel	SP	Nein
151	Schiller Christina	AL	-
1	Schiwow Mischa	AL	Ja
132	Schmid Marion	SP	Nein
19	Schmid Michael	FDP	Enthalten
16	Schoch Elisabeth	FDP	Enthalten
28	Schwendener Thomas	SVP	-
122	Seidler Christine	SP	Nein
83	Señorán Maria del Carmen	SVP	Ja
97	Siev Ronny	GLP	Ja
124	Silberring Pawel	SP	Nein
38	Sobernheim Sven	GLP	Ja
60	Speck Roger-Paul	SP	Nein
58	Tobler Marcel	SP	Nein
50	Tschanz Raphaël	FDP	Enthalten
64	Urben Michel	SP	Nein
88	Urech Stefan	SVP	Ja
17	Ursprung Corina	FDP	-
80	Utz Florian	SP	Nein
63	Vogel Sebastian	FDP	Enthalten
98	Walgis Selina	Grüne	Ja
77	Wey Natascha	SP	Nein
25	Widmer Johann	SVP	Ja
126	Wiesmann Barbara	SP	Nein
150	Wottreng Willi	AL	Ja
128	Ziswiler Vera	SP	Nein
18	Zürcher Martina	FDP	Enthalten
13	Zygmont Dominique	FDP	Enthalten

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 55 gegen 43 Stimmen (bei 19 Enthaltungen) zu.

Antrag 027.

Wortmeldungen siehe Antrag 024.

S. 67	30 3026 PG 4	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Alterszentren Erfolgsrechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
027.	Antrag Stadtrat				6 944 100 Mehrheit
				278 000	7 222 100 Minderheit
					Enthaltung
					Präsident Felix Moser (Grüne) Referent, Walter Angst (AL), Susanne Brunner (SVP), Shaibal Roy (GLP), Johann Widmer (SVP) Alan David Sangines (SP) Referent, Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP) Severin Pflüger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
		Begründung:	Einmalzulage von Fr. 2000 (je nach Betroffenheit und Anstellungspensum anteilmässig) für alle Pflegerinnen und Pfleger (inkl. Lernende), als Dank für den grossen Einsatz während der Corona-Pandemie		

Alan David Sangines (SP) beantragt Abstimmung unter Namensaufruf.

Der Rat stimmt dem Antrag von Alan David Sangines (SP) mit 91 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 30 Stimmen gemäss Art. 41 Abs. 1 GeschO GR erreicht.

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit und gemäss Art. 41 GeschO GR (Namensaufruf):

Abstimmungsprotokoll			
Platz#	Name Vorname	Partei	Stimme
104	Anderegg Peter	EVP	Ja
143	Angst Walter	AL	Ja
20	Anken Walter	SVP	Ja
56	Avdili Përparim	FDP	Enthalten
89	Baggenstos Tobias	SVP	-
26	Balsiger Samuel	SVP	Ja
23	Bartholdi Roger	SVP	Ja
140	Bätschmann Monika	Grüne	Ja
32	Baumann Markus	GLP	-
65	Beer Duri	SP	Nein
31	Bertozzi Roberto	SVP	Ja
84	Blättler Florian	SP	Nein
61	Boppart Judith	SP	Nein
11	Bourgeois Yasmine	FDP	Enthalten
72	Brander Simone	SP	Nein
125	Breitenstein Sarah	SP	Nein
68	Brunner Alexander	FDP	-
30	Brunner Susanne	SVP	Ja
135	Bührig Marcel	Grüne	Ja

139	Bürgisser Balz	Grüne	Ja
14	Bürki Martin	FDP	Enthalten
91	Cavalli Nicolas	GLP	Ja
105	Danner Ernst	EVP	Ja
55	Dellenbach Hans	FDP	Enthalten
130	Denoth Marco	SP	-
85	Diggelmann Simon	SP	Nein
69	Dufournet Mélissa	FDP	Enthalten
152	Eberle Natalie	AL	Ja
6	Egger Heidi	SP	Nein
12	Egli Andreas	FDP	Enthalten
71	Egloff Mathias	SP	Nein
59	Eichenberger Angelica	SP	Nein
70	Erdem Niyazi	SP	Nein
82	Eugster Emanuel	SVP	Ja
74	Fischer Renate	SP	Nein
103	Föhn Roger	EVP	Ja
78	Früh Anjushka	SP	Nein
142	Fürer Brigitte	Grüne	Ja
101	Garcia Isabel	GLP	Ja
149	Garcia Nuñez David	AL	Ja
57	Geissbühler Marco	SP	Nein
53	Giger Nicole	SP	Nein
2	Glaser Helen	SP	Nein
27	Götzl Martin	SVP	Ja
123	Graf Davy	SP	Nein
131	Helfenstein Urs	SP	Nein
96	Hofer Frei Simone	GLP	Ja
147	Hofstetter Julia	Grüne	Ja
67	Huber Patrick Hadi	SP	Nein
52	Huberson Nadia	SP	Nein
10	Huser Christian	FDP	Enthalten
24	im Oberdorf Bernhard	SVP	Ja
81	Iten Stephan	SVP	Ja
66	Kägi Götz Maya	SP	Nein
100	Kälin-Werth Simon	Grüne	Ja
121	Käppeli Hans Jörg	SP	Nein
51	Karakostas Sofia	SP	Nein
148	Kirstein Andreas	AL	Ja
93	Kisker Gabriele	Grüne	Ja
92	Knauss Markus	Grüne	Ja
76	Koch Sabine	FDP	Enthalten
79	Kraft Michael	SP	Nein
35	Krayenbühl Guy	GLP	Ja
138	Kunz Markus	Grüne	Ja
133	Lamprecht Pascal	SP	Nein
39	Landolt Maleica	GLP	Ja
15	Leiser Albert	FDP	Enthalten
146	Leitner Verhoeven Andrea	AL	Ja
137	Maggi Luca	Grüne	Ja

145	Maillard Patrik	AL	Ja
127	Manser Joe A.	SP	Nein
54	Manz Mathias	SP	Nein
99	Marti Res	Grüne	Ja
129	Meier Severin	SP	Nein
33	Merki Markus	GLP	Ja
90	Monn Christian	GLP	Ja
134	Moser Felix	Grüne	Ja
62	Müller Marcel	FDP	Enthalten
29	Müller Rolf	SVP	Ja
94	Nabholz Ann-Catherine	GLP	Ja
73	Näf Ursula	SP	Nein
102	Novak Martina	GLP	Ja
34	Oberholzer Beat	GLP	Ja
75	Pauli Cathrine	FDP	Enthalten
49	Pflüger Severin	FDP	Enthalten
3	Probst Matthias	Grüne	Ja
106	Rabelbauer Claudia	EVP	Ja
141	Rausser Jürg	Grüne	Ja
120	Renggli Matthias	SP	Nein
8	Richli Mark	SP	Nein
7	Richter Derek	SVP	Ja
136	Riklin Urs	Grüne	Ja
144	Romanelli Olivia	AL	Ja
95	Roy Shaibal	GLP	Ja
9	Rühli Frank	FDP	Enthalten
86	Sangines Alan David	SP	Nein
87	Savarioud Marcel	SP	Nein
151	Schiller Christina	AL	-
1	Schiwow Mischa	AL	Ja
132	Schmid Marion	SP	Nein
19	Schmid Michael	FDP	Enthalten
16	Schoch Elisabeth	FDP	Enthalten
28	Schwendener Thomas	SVP	-
122	Seidler Christine	SP	Nein
83	Señorán Maria del Carmen	SVP	Ja
97	Siev Ronny	GLP	-
124	Silberring Pawel	SP	Nein
38	Sobernheim Sven	GLP	Ja
60	Speck Roger-Paul	SP	Nein
58	Tobler Marcel	SP	Nein
50	Tschanz Raphaël	FDP	Enthalten
64	Urben Michel	SP	Nein
88	Urech Stefan	SVP	Ja
17	Ursprung Corina	FDP	Enthalten
80	Utz Florian	SP	Nein
63	Vogel Sebastian	FDP	Enthalten
98	Walgis Selina	Grüne	Ja
77	Wey Natascha	SP	Nein
25	Widmer Johann	SVP	Ja

126	Wiesmann Barbara	SP	Nein
150	Wottreng Willi	AL	Ja
128	Ziswiler Vera	SP	Nein
18	Zürcher Martina	FDP	Enthalten
13	Zygmont Dominique	FDP	Enthalten

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 55 gegen 42 Stimmen (bei 20 Enthaltungen) zu.

Antrag 028.

Wortmeldungen siehe Antrag 024.

S. 89 **30** **GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT**
3030 **Stadtpital Waid**
PG 1 **Erfolgsrechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo**

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
028. Antrag Stadtrat			-2 931 300 Mehrheit	Präsident Felix Moser (Grüne) Referent, Walter Angst (AL), Susanne Brunner (SVP), Shaibal Roy (GLP), Johann Widmer (SVP)
		510 700	-2 420 600 Minderheit	Alan David Sangines (SP) Referent, Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP)
			Enthaltung	Severin Pflüger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Einmalzulage von Fr. 2000 (je nach Betroffenheit und Anstellungspensum anteilmässig) für alle Pflegerinnen und Pfleger (inkl. Lernende), als Dank für den grossen Einsatz während der Corona-Pandemie

Alan David Sangines (SP) beantragt Abstimmung unter Namensaufruf.

Der Rat stimmt dem Antrag von Alan David Sangines (SP) mit 91 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 30 Stimmen gemäss Art. 41 Abs. 1 GeschO GR erreicht.

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit und gemäss Art. 41 GeschO GR (Namensaufruf):

Abstimmungsprotokoll			
Platz#	Name Vorname	Partei	Stimme
104	Anderegg Peter	EVP	Ja
143	Angst Walter	AL	Ja
20	Anken Walter	SVP	Ja
56	Avdili Përparim	FDP	Enthalten
89	Baggenstos Tobias	SVP	-
26	Balsiger Samuel	SVP	Ja
23	Bartholdi Roger	SVP	Ja
140	Bätschmann Monika	Grüne	Ja
32	Baumann Markus	GLP	-

65	Beer Duri	SP	Nein
31	Bertozzi Roberto	SVP	Ja
84	Blättler Florian	SP	Nein
61	Boppart Judith	SP	Nein
11	Bourgeois Yasmine	FDP	Enthalten
72	Brander Simone	SP	Nein
125	Breitenstein Sarah	SP	Nein
68	Brunner Alexander	FDP	-
30	Brunner Susanne	SVP	Ja
135	Bührig Marcel	Grüne	Ja
139	Bürgisser Balz	Grüne	Ja
14	Bürki Martin	FDP	Enthalten
91	Cavalli Nicolas	GLP	Ja
105	Danner Ernst	EVP	Ja
55	Dellenbach Hans	FDP	Enthalten
130	Denoth Marco	SP	-
85	Diggelmann Simon	SP	Nein
69	Dufournet Mélissa	FDP	Enthalten
152	Eberle Natalie	AL	Ja
6	Egger Heidi	SP	Nein
12	Egli Andreas	FDP	Enthalten
71	Egloff Mathias	SP	Nein
59	Eichenberger Angelica	SP	Nein
70	Erdem Niyazi	SP	Nein
82	Eugster Emanuel	SVP	Ja
74	Fischer Renate	SP	Nein
103	Föhn Roger	EVP	Ja
78	Früh Anjushka	SP	Nein
142	Fürer Brigitte	Grüne	Ja
101	Garcia Isabel	GLP	Ja
149	Garcia Nuñez David	AL	Ja
57	Geissbühler Marco	SP	Nein
53	Giger Nicole	SP	Nein
2	Glaser Helen	SP	-
27	Götzl Martin	SVP	Ja
123	Graf Davy	SP	Nein
131	Helfenstein Urs	SP	Nein
96	Hofer Frei Simone	GLP	Ja
147	Hofstetter Julia	Grüne	Ja
67	Huber Patrick Hadi	SP	Nein
52	Huberson Nadia	SP	Nein
10	Huser Christian	FDP	Enthalten
24	im Oberdorf Bernhard	SVP	Ja
81	Iten Stephan	SVP	Ja
66	Kägi Götz Maya	SP	Nein
100	Kälin-Werth Simon	Grüne	Ja
121	Käppeli Hans Jörg	SP	Nein
51	Karakostas Sofia	SP	Nein
148	Kirstein Andreas	AL	Ja
93	Kisker Gabriele	Grüne	Ja
92	Knauss Markus	Grüne	Ja
76	Koch Sabine	FDP	Enthalten
79	Kraft Michael	SP	Nein
35	Krayenbühl Guy	GLP	Ja

138	Kunz Markus	Grüne	Ja
133	Lamprecht Pascal	SP	Nein
39	Landolt Maleica	GLP	Ja
15	Leiser Albert	FDP	Enthalten
146	Leitner Verhoeven Andrea	AL	Ja
137	Maggi Luca	Grüne	Ja
145	Maillard Patrik	AL	Ja
127	Manser Joe A.	SP	Nein
54	Manz Mathias	SP	Nein
99	Marti Res	Grüne	Ja
129	Meier Severin	SP	Nein
33	Merki Markus	GLP	-
90	Monn Christian	GLP	Ja
134	Moser Felix	Grüne	Ja
62	Müller Marcel	FDP	Enthalten
29	Müller Rolf	SVP	Ja
94	Nabholz Ann-Catherine	GLP	Ja
73	Näf Ursula	SP	Nein
102	Novak Martina	GLP	Ja
34	Oberholzer Beat	GLP	Ja
75	Pauli Cathrine	FDP	Enthalten
49	Pflüger Severin	FDP	Enthalten
3	Probst Matthias	Grüne	Ja
106	Rabelbauer Claudia	EVP	Ja
141	Rausser Jürg	Grüne	Ja
120	Renggli Matthias	SP	Nein
8	Richli Mark	SP	Nein
7	Richter Derek	SVP	Ja
136	Riklin Urs	Grüne	Ja
144	Romanelli Olivia	AL	Ja
95	Roy Shaibal	GLP	Ja
9	Rühli Frank	FDP	Enthalten
86	Sangines Alan David	SP	Nein
87	Savarioud Marcel	SP	Nein
151	Schiller Christina	AL	-
1	Schiwow Mischa	AL	Ja
132	Schmid Marion	SP	Nein
19	Schmid Michael	FDP	Enthalten
16	Schoch Elisabeth	FDP	Enthalten
28	Schwendener Thomas	SVP	-
122	Seidler Christine	SP	Nein
83	Señorán Maria del Carmen	SVP	Ja
97	Siev Ronny	GLP	Ja
124	Silberring Pawel	SP	Nein
38	Sobernheim Sven	GLP	Ja
60	Speck Roger-Paul	SP	Nein
58	Tobler Marcel	SP	Nein
50	Tschanz Raphaël	FDP	Enthalten
64	Urben Michel	SP	Nein
88	Urech Stefan	SVP	Ja
17	Ursprung Corina	FDP	Enthalten
80	Utz Florian	SP	Nein
63	Vogel Sebastian	FDP	Enthalten
98	Walgis Selina	Grüne	Ja

77	Wey Natascha	SP	Nein
25	Widmer Johann	SVP	Ja
126	Wiesmann Barbara	SP	Nein
150	Wottreng Willi	AL	Ja
128	Ziswiler Vera	SP	Nein
18	Zürcher Martina	FDP	Enthalten
13	Zygmont Dominique	FDP	Enthalten

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 55 gegen 41 Stimmen (bei 20 Enthaltungen) zu.

Antrag 029.

Wortmeldungen siehe Antrag 024.

S. 89 **30** **GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT**
 3030 **Stadtpital Waid**
 PG 2 **Erfolgsrechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo**

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
029. Antrag Stadtrat			2 015 700 Mehrheit	Präsident Felix Moser (Grüne) Referent, Walter Angst (AL), Susanne Brunner (SVP), Shaibal Roy (GLP), Johann Widmer (SVP)
		218 900	2 234 600 Minderheit	Alan David Sangines (SP) Referent, Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP)
			Enthaltung	Severin Pflüger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Einmalzulage von Fr. 2000 (je nach Betroffenheit und Anstellungsumfang anteilmässig) für alle Pflegerinnen und Pfleger (inkl. Lernende), als Dank für den grossen Einsatz während der Corona-Pandemie

Alan David Sangines (SP) beantragt Abstimmung unter Namensaufruf.

Der Rat stimmt dem Antrag von Alan David Sangines (SP) mit 91 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 30 Stimmen gemäss Art. 41 Abs. 1 GeschO GR erreicht.

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit und gemäss Art. 41 GeschO GR (Namensaufruf):

Abstimmungsprotokoll			
Platz#	Name Vorname	Partei	Stimme
104	Anderegg Peter	EVP	Ja
143	Angst Walter	AL	Ja
20	Anken Walter	SVP	Ja
56	Avdili Përparim	FDP	Enthalten
89	Baggenstos Tobias	SVP	-
26	Balsiger Samuel	SVP	Ja
23	Bartholdi Roger	SVP	Ja
140	Bätschmann Monika	Grüne	Ja

32	Baumann Markus	GLP	-
65	Beer Duri	SP	Nein
31	Bertozzi Roberto	SVP	Ja
84	Blättler Florian	SP	Nein
61	Boppart Judith	SP	Nein
11	Bourgeois Yasmine	FDP	Enthalten
72	Brander Simone	SP	Nein
125	Breitenstein Sarah	SP	Nein
68	Brunner Alexander	FDP	-
30	Brunner Susanne	SVP	Ja
135	Bührig Marcel	Grüne	Ja
139	Bürgisser Balz	Grüne	Ja
14	Bürki Martin	FDP	Enthalten
91	Cavalli Nicolas	GLP	Ja
105	Danner Ernst	EVP	Ja
55	Dellenbach Hans	FDP	Enthalten
130	Denoth Marco	SP	-
85	Diggelmann Simon	SP	Nein
69	Dufournet Mélissa	FDP	Enthalten
152	Eberle Natalie	AL	Ja
6	Egger Heidi	SP	Nein
12	Egli Andreas	FDP	Enthalten
71	Egloff Mathias	SP	Nein
59	Eichenberger Angelica	SP	Nein
70	Erdem Niyazi	SP	Nein
82	Eugster Emanuel	SVP	Ja
74	Fischer Renate	SP	Nein
103	Föhn Roger	EVP	Ja
78	Früh Anjushka	SP	Nein
142	Fürer Brigitte	Grüne	Ja
101	Garcia Isabel	GLP	Ja
149	Garcia Nuñez David	AL	Ja
57	Geissbühler Marco	SP	Nein
53	Giger Nicole	SP	Nein
2	Glaser Helen	SP	Nein
27	Götzl Martin	SVP	Ja
123	Graf Davy	SP	Nein
131	Helfenstein Urs	SP	Nein
96	Hofer Frei Simone	GLP	Ja
147	Hofstetter Julia	Grüne	Ja
67	Huber Patrick Hadi	SP	Nein
52	Huberson Nadia	SP	Nein
10	Huser Christian	FDP	Enthalten
24	im Oberdorf Bernhard	SVP	Ja
81	Iten Stephan	SVP	Ja
66	Kägi Götz Maya	SP	Nein
100	Kälin-Werth Simon	Grüne	Ja
121	Käppeli Hans Jörg	SP	Nein
51	Karakostas Sofia	SP	Nein
148	Kirstein Andreas	AL	Ja
93	Kisker Gabriele	Grüne	Ja
92	Knauss Markus	Grüne	Ja
76	Koch Sabine	FDP	Enthalten
79	Kraft Michael	SP	Nein

35	Krayenbühl Guy	GLP	Ja
138	Kunz Markus	Grüne	Ja
133	Lamprecht Pascal	SP	Nein
39	Landolt Maleica	GLP	Ja
15	Leiser Albert	FDP	Enthalten
146	Leitner Verhoeven Andrea	AL	Ja
137	Maggi Luca	Grüne	Ja
145	Maillard Patrik	AL	Ja
127	Manser Joe A.	SP	Nein
54	Manz Mathias	SP	Nein
99	Marti Res	Grüne	Ja
129	Meier Severin	SP	Nein
33	Merki Markus	GLP	Ja
90	Monn Christian	GLP	Ja
134	Moser Felix	Grüne	Ja
62	Müller Marcel	FDP	Enthalten
29	Müller Rolf	SVP	Ja
94	Nabholz Ann-Catherine	GLP	Ja
73	Näf Ursula	SP	Nein
102	Novak Martina	GLP	Ja
34	Oberholzer Beat	GLP	Ja
75	Pauli Cathrine	FDP	Enthalten
49	Pflüger Severin	FDP	Enthalten
3	Probst Matthias	Grüne	Ja
106	Rabelbauer Claudia	EVP	Ja
141	Rauser Jürg	Grüne	Ja
120	Renggli Matthias	SP	Nein
8	Richli Mark	SP	Nein
7	Richter Derek	SVP	Ja
136	Riklin Urs	Grüne	Ja
144	Romanelli Olivia	AL	Ja
95	Roy Shaibal	GLP	Ja
9	Rühli Frank	FDP	Enthalten
86	Sangines Alan David	SP	Nein
87	Savarioud Marcel	SP	Nein
151	Schiller Christina	AL	-
1	Schiwow Mischa	AL	Ja
132	Schmid Marion	SP	Nein
19	Schmid Michael	FDP	Enthalten
16	Schoch Elisabeth	FDP	Enthalten
28	Schwendener Thomas	SVP	-
122	Seidler Christine	SP	Nein
83	Señorán Maria del Carmen	SVP	Ja
97	Siev Ronny	GLP	Ja
124	Silberring Pawel	SP	Nein
38	Sobernheim Sven	GLP	Ja
60	Speck Roger-Paul	SP	Nein
58	Tobler Marcel	SP	Nein
50	Tschanz Raphaël	FDP	Enthalten
64	Urben Michel	SP	Nein
88	Urech Stefan	SVP	Ja
17	Ursprung Corina	FDP	Enthalten
80	Utz Florian	SP	Nein
63	Vogel Sebastian	FDP	Enthalten

98	Walgis Selina	Grüne	Ja
77	Wey Natascha	SP	Nein
25	Widmer Johann	SVP	Ja
126	Wiesmann Barbara	SP	Nein
150	Wottreng Willi	AL	Ja
128	Ziswiler Vera	SP	Nein
18	Zürcher Martina	FDP	Enthalten
13	Zygmont Dominique	FDP	Enthalten

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 56 gegen 42 Stimmen (bei 20 Enthaltungen) zu.

Antrag 030.

Wortmeldungen siehe Antrag 024.

S. 109 **30** **GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT**
3035 **Stadtpital Triemli**
PG 1 **Erfolgsrechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo**

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
030. Antrag Stadtrat			-4 284 900 Mehrheit	Präsident Felix Moser (Grüne) Referent, Walter Angst (AL), Susanne Brunner (SVP), Shaibal Roy (GLP), Johann Widmer (SVP)
		1 110 800	-3 174 100 Minderheit	Alan David Sangines (SP) Referent, Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP)
			Enthaltung	Severin Pflüger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Einmalzulage von Fr. 2000 (je nach Betroffenheit und Anstellungsumsatz anteilmässig) für alle Pflegerinnen und Pfleger (inkl. Lernende), als Dank für den grossen Einsatz während der Corona-Pandemie

Alan David Sangines (SP) beantragt Abstimmung unter Namensaufruf.

Der Rat stimmt dem Antrag von Alan David Sangines (SP) mit 91 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 30 Stimmen gemäss Art. 41 Abs. 1 GeschO GR erreicht.

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit und gemäss Art. 41 GeschO GR (Namensaufruf):

Abstimmungsprotokoll			
Platz#	Name Vorname	Partei	Stimme
104	Anderegg Peter	EVP	Ja
143	Angst Walter	AL	Ja
20	Anken Walter	SVP	Ja
56	Avdili Përparim	FDP	Enthalten
89	Baggenstos Tobias	SVP	-
26	Balsiger Samuel	SVP	Ja
23	Bartholdi Roger	SVP	Ja

140	Bätschmann Monika	Grüne	Ja
32	Baumann Markus	GLP	-
65	Beer Duri	SP	Nein
31	Bertozzi Roberto	SVP	Ja
84	Blättler Florian	SP	Nein
61	Boppart Judith	SP	Nein
11	Bourgeois Yasmine	FDP	Enthalten
72	Brander Simone	SP	Nein
125	Breitenstein Sarah	SP	Nein
68	Brunner Alexander	FDP	-
30	Brunner Susanne	SVP	Ja
135	Bührig Marcel	Grüne	Ja
139	Bürgisser Balz	Grüne	Ja
14	Bürki Martin	FDP	Enthalten
91	Cavalli Nicolas	GLP	Ja
105	Danner Ernst	EVP	Ja
55	Dellenbach Hans	FDP	Enthalten
130	Denoth Marco	SP	-
85	Diggelmann Simon	SP	Nein
69	Dufournet Mélissa	FDP	Enthalten
152	Eberle Natalie	AL	Ja
6	Egger Heidi	SP	Nein
12	Egli Andreas	FDP	Enthalten
71	Egloff Mathias	SP	Nein
59	Eichenberger Angelica	SP	Nein
70	Erdem Niyazi	SP	Nein
82	Eugster Emanuel	SVP	Ja
74	Fischer Renate	SP	Nein
103	Föhn Roger	EVP	Ja
78	Früh Anjushka	SP	Nein
142	Fürer Brigitte	Grüne	Ja
101	Garcia Isabel	GLP	Ja
149	Garcia Nuñez David	AL	Ja
57	Geissbühler Marco	SP	Nein
53	Giger Nicole	SP	Nein
2	Glaser Helen	SP	Nein
27	Götzl Martin	SVP	Ja
123	Graf Davy	SP	Nein
131	Helfenstein Urs	SP	Nein
96	Hofer Frei Simone	GLP	Ja
147	Hofstetter Julia	Grüne	Ja
67	Huber Patrick Hadi	SP	Nein
52	Huberson Nadia	SP	Nein
10	Huser Christian	FDP	Enthalten
24	im Oberdorf Bernhard	SVP	Ja
81	Iten Stephan	SVP	Ja
66	Kägi Götz Maya	SP	Nein
100	Kälin-Werth Simon	Grüne	Ja
121	Käppeli Hans Jörg	SP	Nein
51	Karakostas Sofia	SP	Nein
148	Kirstein Andreas	AL	Ja
93	Kisker Gabriele	Grüne	Ja
92	Knauss Markus	Grüne	Ja
76	Koch Sabine	FDP	Enthalten

79	Kraft Michael	SP	Nein
35	Krayenbühl Guy	GLP	Ja
138	Kunz Markus	Grüne	Ja
133	Lamprecht Pascal	SP	Nein
39	Landolt Maleica	GLP	Ja
15	Leiser Albert	FDP	Enthalten
146	Leitner Verhoeven Andrea	AL	Ja
137	Maggi Luca	Grüne	Ja
145	Maillard Patrik	AL	Ja
127	Manser Joe A.	SP	Nein
54	Manz Mathias	SP	Nein
99	Marti Res	Grüne	Ja
129	Meier Severin	SP	Nein
33	Merki Markus	GLP	Ja
90	Monn Christian	GLP	Ja
134	Moser Felix	Grüne	Ja
62	Müller Marcel	FDP	Enthalten
29	Müller Rolf	SVP	Ja
94	Nabholz Ann-Catherine	GLP	Ja
73	Näf Ursula	SP	Nein
102	Novak Martina	GLP	Ja
34	Oberholzer Beat	GLP	Ja
75	Pauli Cathrine	FDP	Enthalten
49	Pflüger Severin	FDP	Enthalten
3	Probst Matthias	Grüne	Ja
106	Rabelbauer Claudia	EVP	Ja
141	Rauser Jürg	Grüne	Ja
120	Renggli Matthias	SP	Nein
8	Richli Mark	SP	Nein
7	Richter Derek	SVP	Ja
136	Riklin Urs	Grüne	Ja
144	Romanelli Olivia	AL	Ja
95	Roy Shaibal	GLP	Ja
9	Rühli Frank	FDP	Enthalten
86	Sangines Alan David	SP	Nein
87	Savarioud Marcel	SP	Nein
151	Schiller Christina	AL	-
1	Schiwow Mischa	AL	Ja
132	Schmid Marion	SP	Nein
19	Schmid Michael	FDP	Enthalten
16	Schoch Elisabeth	FDP	Enthalten
28	Schwendener Thomas	SVP	-
122	Seidler Christine	SP	Nein
83	Señorán Maria del Carmen	SVP	Ja
97	Siev Ronny	GLP	Ja
124	Silberring Pawel	SP	Nein
38	Sobernheim Sven	GLP	Ja
60	Speck Roger-Paul	SP	Nein
58	Tobler Marcel	SP	Nein
50	Tschanz Raphaël	FDP	Enthalten
64	Urben Michel	SP	Nein
88	Urech Stefan	SVP	Ja
17	Ursprung Corina	FDP	Enthalten
80	Utz Florian	SP	Nein

63	Vogel Sebastian	FDP	Enthalten
98	Walgis Selina	Grüne	Ja
77	Wey Natascha	SP	Nein
25	Widmer Johann	SVP	Ja
126	Wiesmann Barbara	SP	Nein
150	Wottreng Willi	AL	Ja
128	Ziswiler Vera	SP	Nein
18	Zürcher Martina	FDP	Enthalten
13	Zygmont Dominique	FDP	Enthalten

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 56 gegen 42 Stimmen (bei 20 Enthaltungen) zu.

Antrag 031.

Wortmeldungen siehe Antrag 024.

S. 109 **30**
3035
PG 2

GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT
Stadtpital Triemli
Erfolgsrechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
031. Antrag Stadtrat			4 507 100 Mehrheit	Präsident Felix Moser (Grüne) Referent, Walter Angst (AL), Susanne Brunner (SVP), Shaibal Roy (GLP), Johann Widmer (SVP)
		476 000	4 983 100 Minderheit	Alan David Sangines (SP) Referent, Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP)
			Enthaltung	Severin Pflüger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Einmalzulage von Fr. 2000 (je nach Betroffenheit und Anstellungsumfang anteilmässig) für alle Pflegerinnen und Pfleger (inkl. Lernende), als Dank für den grossen Einsatz während der Corona-Pandemie

Alan David Sangines (SP) beantragt Abstimmung unter Namensaufruf.

Der Rat stimmt dem Antrag von Alan David Sangines (SP) mit 91 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 30 Stimmen gemäss Art. 41 Abs. 1 GeschO GR erreicht.

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit und gemäss Art. 41 GeschO GR (Namensaufruf):

Abstimmungsprotokoll			
Platz#	Name Vorname	Partei	Stimme
104	Anderegg Peter	EVP	Ja
143	Angst Walter	AL	Ja
20	Anken Walter	SVP	Ja
56	Avdili Përparim	FDP	Enthalten
89	Baggenstos Tobias	SVP	-
26	Balsiger Samuel	SVP	Ja

23	Bartholdi Roger	SVP	Ja
140	Bätschmann Monika	Grüne	Ja
32	Baumann Markus	GLP	-
65	Beer Duri	SP	Nein
31	Bertozzi Roberto	SVP	Ja
84	Blättler Florian	SP	Nein
61	Boppart Judith	SP	Nein
11	Bourgeois Yasmine	FDP	Enthalten
72	Brander Simone	SP	Nein
125	Breitenstein Sarah	SP	Nein
68	Brunner Alexander	FDP	-
30	Brunner Susanne	SVP	Ja
135	Bührig Marcel	Grüne	Ja
139	Bürgisser Balz	Grüne	Ja
14	Bürki Martin	FDP	Enthalten
91	Cavalli Nicolas	GLP	Ja
105	Danner Ernst	EVP	Ja
55	Dellenbach Hans	FDP	Enthalten
130	Denoth Marco	SP	-
85	Diggelmann Simon	SP	Nein
69	Dufournet Mélissa	FDP	Enthalten
152	Eberle Natalie	AL	Ja
6	Egger Heidi	SP	Nein
12	Egli Andreas	FDP	Enthalten
71	Egloff Mathias	SP	Nein
59	Eichenberger Angelica	SP	Nein
70	Erdem Niyazi	SP	Nein
82	Eugster Emanuel	SVP	Ja
74	Fischer Renate	SP	Nein
103	Föhn Roger	EVP	Ja
78	Früh Anjushka	SP	Nein
142	Fürer Brigitte	Grüne	Ja
101	Garcia Isabel	GLP	Ja
149	Garcia Nuñez David	AL	Ja
57	Geissbühler Marco	SP	Nein
53	Giger Nicole	SP	Nein
2	Glaser Helen	SP	Nein
27	Götzl Martin	SVP	Ja
123	Graf Davy	SP	Nein
131	Helfenstein Urs	SP	Nein
96	Hofer Frei Simone	GLP	Ja
147	Hofstetter Julia	Grüne	Ja
67	Huber Patrick Hadi	SP	Nein
52	Huberson Nadia	SP	Nein
10	Huser Christian	FDP	Enthalten
24	im Oberdorf Bernhard	SVP	Ja
81	Iten Stephan	SVP	Ja
66	Kägi Götz Maya	SP	Nein
100	Kälin-Werth Simon	Grüne	Ja
121	Käppeli Hans Jörg	SP	Nein
51	Karakostas Sofia	SP	Nein
148	Kirstein Andreas	AL	Ja
93	Kisker Gabriele	Grüne	Ja
92	Knauss Markus	Grüne	Ja

76	Koch Sabine	FDP	Enthalten
79	Kraft Michael	SP	Nein
35	Krayenbühl Guy	GLP	Ja
138	Kunz Markus	Grüne	Ja
133	Lamprecht Pascal	SP	Nein
39	Landolt Maleica	GLP	Ja
15	Leiser Albert	FDP	Enthalten
146	Leitner Verhoeven Andrea	AL	Ja
137	Maggi Luca	Grüne	Ja
145	Maillard Patrik	AL	Ja
127	Manser Joe A.	SP	Nein
54	Manz Mathias	SP	Nein
99	Marti Res	Grüne	Ja
129	Meier Severin	SP	Nein
33	Merki Markus	GLP	Ja
90	Monn Christian	GLP	Ja
134	Moser Felix	Grüne	Ja
62	Müller Marcel	FDP	Enthalten
29	Müller Rolf	SVP	Ja
94	Nabholz Ann-Catherine	GLP	Ja
73	Näf Ursula	SP	Nein
102	Novak Martina	GLP	Ja
34	Oberholzer Beat	GLP	Ja
75	Pauli Cathrine	FDP	Enthalten
49	Pflüger Severin	FDP	Enthalten
3	Probst Matthias	Grüne	Ja
106	Rabelbauer Claudia	EVP	Ja
141	Rauser Jürg	Grüne	Ja
120	Renggli Matthias	SP	Nein
8	Richli Mark	SP	Nein
7	Richter Derek	SVP	Ja
136	Riklin Urs	Grüne	Ja
144	Romanelli Olivia	AL	Ja
95	Roy Shaibal	GLP	Ja
9	Rühli Frank	FDP	Enthalten
86	Sangines Alan David	SP	Nein
87	Savarioud Marcel	SP	Nein
151	Schiller Christina	AL	-
1	Schiwow Mischa	AL	Ja
132	Schmid Marion	SP	Nein
19	Schmid Michael	FDP	Enthalten
16	Schoch Elisabeth	FDP	Enthalten
28	Schwendener Thomas	SVP	-
122	Seidler Christine	SP	Nein
83	Señorán Maria del Carmen	SVP	Ja
97	Siev Ronny	GLP	-
124	Silberring Pawel	SP	Nein
38	Sobernheim Sven	GLP	Ja
60	Speck Roger-Paul	SP	Nein
58	Tobler Marcel	SP	Nein
50	Tschanz Raphaël	FDP	Enthalten
64	Urben Michel	SP	Nein
88	Urech Stefan	SVP	Ja
17	Ursprung Corina	FDP	Enthalten

80	Utz Florian	SP	Nein
63	Vogel Sebastian	FDP	Enthalten
98	Walgis Selina	Grüne	Ja
77	Wey Natascha	SP	Nein
25	Widmer Johann	SVP	Ja
126	Wiesmann Barbara	SP	Nein
150	Wottreng Willi	AL	Ja
128	Ziswiler Vera	SP	Nein
18	Zürcher Martina	FDP	Enthalten
13	Zygmont Dominique	FDP	Enthalten

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 55 gegen 42 Stimmen (bei 20 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 032. bis 037.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Alan David Sangines (SP): Die Mehrheit der RPK anerkennt, dass das Gesundheitspersonal in Pflegezentren, Alterszentren oder Stadtspitälern während der Corona-Pandemie enorm belastet ist. Aus diesen Gründen möchte die Mehrheit der RPK für das Jahr 2021 in diesen Dienstabteilungen das Pflegepersonal temporär erhöhen. Damit soll sichergestellt werden, dass der Gesundheits- und Arbeitsschutz des Pflegepersonals eingehalten werden kann und nicht zu wenig Pflegepersonen zu viele Arbeits- und Überstunden leisten müssen, aus der Quarantäne zurückgerufen werden oder sonst überlastet sind. Eine temporäre Erhöhung des Pflegepersonals soll dagegen helfen. Auch wenn der Mehrheit bewusst ist, dass der Arbeitsmarkt im Pflegebereich ausgetrocknet ist, rufen wir den Stadtrat auf, alles Mögliche zu unternehmen, um die temporäre Erhöhung der Arbeitsstellen sicher zu stellen und bitten Sie deshalb, die folgenden sechs Anträge der Mehrheit gutzuheissen.

Shaibal Roy (GLP): Es gibt unbestritten einen Fachkräftemangel. Dieser betrifft nicht nur die städtischen Spitäler. Bei den Pflegefachpersonen ist das am deutlichsten der Fall. Der Fachkräftemangel bedeutet, dass man im Markt ein Problem hat, die Stellen zu besetzen. Ausserdem sind nicht befristete Anstellungen, sondern feste Anstellungen gefragt. Eine rasche Besetzung des hier vorgeschlagenen Rezepts ist in diesem Sinne nicht realistisch. Es ist fraglich, inwiefern die vorgeschlagene Budgeterhöhung überhaupt ausgeschöpft werden kann. Es braucht keine Temporärstellen, sondern ein strukturelles Konzept. Meines Wissens nach arbeitet das Gesundheitsdepartement (GUD) ein solches aus und kann es im Verlauf des nächsten Jahres auch vorstellen und umsetzen. Eine Verfälschung im bereits umkämpften Personalmarkt im Gesundheitsbereich ist eine sehr ungesunde Stimulation und erschwert auch den Privaten, die genauso Teil des Marktes sind, die Stellung im Markt. Es ist für uns deshalb völlig unverständlich, warum die FDP den Kopf aus dem Sand zieht und der gut gemeinten Erhöhung, aber dem schlecht konzipierten Rezept unter die Arme greifen will. Das hat nämlich nicht nur für die Privaten schlechte Auswirkungen, sondern schlussendlich auch auf die Stadtspitäler und ihre Fallkosten. Deshalb unterstützen wir keinen gut gemeinten staatlichen Eingriff, der das Gesundheitssystem mehr schädigt als unterstützt.

Weitere Wortmeldungen:

Elisabeth Schoch (FDP): *Im Gegensatz zu den vorherigen Giesskannen-Prinzip-Anträgen sehen wir hier in der Tat Handlungsbedarf. Während finanzielle Wertschätzung in der Regel nur kurzfristig zu mehr Zufriedenheit führt, führen bessere Arbeitsbedingungen zu einer Entlastung und Wertschätzung. Ein entsprechender Vorstoss zur gesamtheitlichen Betrachtung reichte ich gemeinsam mit Marion Schmid (SP) ein. Während der Pandemie müssen die Mitarbeitenden in der Pflege zusätzlich zur Bürokratie hohe Hygieneauflagen berücksichtigen. Das ist aufwändig und beansprucht wichtige Arbeitszeit, die in der Pflege fehlt. Zudem muss mit Ausfällen aufgrund von Quarantäne oder Krankheit gerechnet werden. Daher unterstützen wir eine temporäre Aufstockung der personellen Ressourcen, weil das zu einer Entlastung beiträgt und temporär gedacht ist. Störend ist eher, dass das zusätzliche Personal nicht bereits eingestellt ist. Das liegt daran, dass das Budget blauäugig und ohne Berücksichtigung der Pandemie geplant wird. Die FDP unterstützt alle Vorstösse.*

Walter Angst (AL): *Ich gehe davon aus, dass die Chefinnen in den Dienstabteilungen sich bewusst sind, dass so weit möglich Menschen angestellt werden müssen – sowohl in den Pflegezentren als auch in den Alterszentren und den Spitälern. Hier stimmen wir aber nicht darüber ab, ob die nötigen Arbeitsschutzbestimmungen eingehalten werden können. Ob temporär oder festangestellt ist im Moment nicht die entscheidende Frage. Ich nehme an, dass es bei der momentanen Personalfuktuation und dem wahrscheinlich anhaltenden Bedarf sogar attraktiver wäre, kein temporäres Personal einzustellen. Wir stimmen hier aber konkret über eine Erhöhung der Produktgruppe Globalbudget ab. Es fragt sich, ob das sinnvoll ist, oder ob nicht der Vorsteher des Departements mit den Terialberichten zusätzliche Mittel beantragen sollte. Es handelt sich um ein Konvolut von verschiedenen Ausgaben, die zusammengefügt werden. Man muss sehen, inwiefern man im Budget bleibt oder nicht. Beim Antrag 32 geht es um eine Produktegruppe mit 250 Millionen Franken Aufwand und 245 Millionen Franken Ertrag. Natürlich muss Personal eingestellt werden. Ich finde es nicht sinnvoll, zum jetzigen Zeitpunkt – ohne zu wissen, was die Auswirkungen sein werden – 2,9 Millionen Franken dazuzugeben. Sinnvoll wäre es, STR Andreas Hauri den Auftrag zu geben, die Stellen zu schaffen und die Arbeitsschutzbestimmungen einzuhalten und die Menschen zu entlasten. Es macht aber keinen Sinn, den Anträgen für die Erhöhung des Globalbudgets für die Produktegruppe zuzustimmen.*

Walter Anken (SVP): *Die SVP lehnt die Anträge 32 bis 34 ab und enthält sich bei 35 bis 39. Es geht um rund 6,4 Millionen Franken. Man will kurzfristig temporäres Personal anstellen. Das Gesundheitspersonal absolvierte langjährige Ausbildungen und Sie möchten innerhalb weniger Wochen auf einem ausgetrockneten Markt temporäres Personal mit sehr viel Geld organisieren. Es ist heute nicht absehbar, wie lange die Corona-Krise noch dauern wird. In den letzten Tagen sprachen alle von Impfungen. Sollten diese wirklich kommen, kann man davon ausgehen, dass man in der ersten Hälfte 2021 die Pandemie mehr oder weniger mindestens betreffend der Ansteckungen im Griff haben wird und wieder normal arbeiten kann. Sollte sich die Situation aber weiterhin verschlechtern, gibt es immer noch die Möglichkeit, dass die Stadtspitäler sich mit dem Kanton und den kantonalen Spitälern austauschen. Zusätzliches temporäres Personal befürworten wir nur, wenn man es punktuell einstellt – aber sicherlich nicht, indem man einfach im Globalbudget 6,4 Millionen Franken aufwendet.*

Dr. David Garcia Nuñez (AL): *Ich spreche hier als ein Mitglied eines Universitätsspitals. Es wurde gesagt, die Massnahme sei notwendig, damit die Sicherheitsmassnahmen gewährleistet werden können und Menschen, die in Quarantäne müssen, nicht ihre Überzeiten oder Ferien abgeben müssen. Das ist tatsächlich ein Problem im Stadtspital.*

Andere Spitäler in der Schweiz lösen dieses Problem aber anders und benötigen dafür kein zusätzliches Personal. Es ist ein Führungsentscheid und dieser muss politisch bekämpft und thematisiert werden. Auch der Entscheid, welche Abteilungen besonders betroffen sind, wird arbiträr getroffen. Mit Ihrem Vorgehen ermöglichen Sie für ein Jahr Unterstützung, die Sie dann aber wieder beenden. Das ist nicht sinnvoll. Meine Kollegen und Kolleginnen aus der Pflege können dieses Vorgehen genauso wenig nachvollziehen und sich nicht vorstellen, wie das zusätzliche Personal eingearbeitet werden soll, um nach wenigen Monaten direkt wieder zu gehen. Stellen wir mehr Personal an, führt das zu einer höheren Fallpauschale und wir stehen dementsprechend auf der Liste schlechter da. Ein guter Listenplatz ist aber eines der Hauptziele des Stadtrats und des Spitaldirektors, damit wir auch zukünftig auf die Versorgungsliste kommen. In diesem Sinne ist Ihre Forderung gut gemeint, aber wenig durchdacht und deshalb lehnen wir sie ab.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: *Die Leistungen in allen Gesundheitsinstitutionen können gewährleistet werden. Das ist das Wichtigste. In den letzten Wochen hatten wir mit den steigenden Fallzahlen auch mehr Hospitalisierungen und die Situation im Stadtspital und auch in den Alters- und Pflegezentren wurde angespannter und kritischer. Wir suchen qualifizierte Menschen und nehmen im Moment quasi jeden, der qualifiziert und geeignet ist und uns in dieser ausserordentlichen Situation unterstützt. Eine temporäre Anstellung ist tatsächlich für viele nicht attraktiv, weil sie fixe Anstellungen möchten. Ich kann Ihnen nicht sagen, wie sich die Situation in den nächsten Monaten entwickeln wird. Das macht den Antrag schwierig. Stand heute ist man in den Pflegezentren tatsächlich leicht über dem Stellenplan, weil viele in der Quarantäne sind und zusätzliche Anstellungen notwendig waren. Bei den anderen Dienstabteilungen ist das im Moment noch nicht der Fall. Wenn die Krise und die Herausforderungen so weiter gehen, werden wir mehr Menschen brauchen. Es ist aber nicht sicher, ob das für alle Dienstabteilungen gleich gilt – wie Sie das budgetiert haben. Selbstverständlich möchten wir die Menschen, die benötigt werden, einstellen. Mir wäre es aber lieber, wenn wir Ihnen nach dem ersten Bericht aufzeigen könnten, welche zusätzlichen Mittel wir benötigen.*

S. 45	30 3020 PG 1	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Pflegezentren Erfolgsrechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
	032.	Antrag Stadtrat		2 900 000	-5 715 700 -2 815 700	Minderheit Mehrheit Enthaltung
			Begründung:	Entlastung des Pflegepersonals durch temporäre Erhöhung der Anzahl Pflegestellen		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 20 Stimmen (bei 14 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 033.

Wortmeldungen siehe Antrag 032.

S. 67	30 3026 PG 1	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Alterszentren Erfolgsrechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
033.	Antrag Stadtrat				-4 953 600	Minderheit
				1 100 000	-3 853 600	Mehrheit
						Enthaltung
						Shaibal Roy (GLP) Referent, Walter Angst (AL), Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Severin Pflüger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP), Susanne Brunner (SVP), Johann Widmer (SVP)
						Begründung: Entlastung des Pflegepersonals durch temporäre Erhöhung der Anzahl Pflegestellen

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 21 Stimmen (bei 14 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 034.

Wortmeldungen siehe Antrag 032.

S. 89	30 3030 PG 1	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Stadtpital Waid Erfolgsrechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
034.	Antrag Stadtrat				-2 931 300	Minderheit
				500 000	-2 431 300	Mehrheit
						Enthaltung
						Shaibal Roy (GLP) Referent, Walter Angst (AL), Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Severin Pflüger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP), Susanne Brunner (SVP), Johann Widmer (SVP)
						Begründung: Entlastung des Pflegepersonals durch temporäre Erhöhung der Anzahl Pflegestellen

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 21 Stimmen (bei 13 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 035.

Wortmeldungen siehe Antrag 032.

S. 89	30 3030 PG 2	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Stadtpital Waid Erfolgsrechnung: Produktegruppen-Globalbudget / Saldo				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
035.	Antrag Stadtrat			200 000	2 015 700 Minderheit 2 215 700 Mehrheit	Shaibal Roy (GLP) Referent, Walter Angst (AL) Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Severin Pflüger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP) Enthaltung Susanne Brunner (SVP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung:	Entlastung des Pflegepersonals durch temporäre Erhöhung der Anzahl Pflegestellen			

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 21 Stimmen (bei 14 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 036.

Wortmeldungen siehe Antrag 032.

S. 109	30 3035 PG 1	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Stadtpital Triemli Erfolgsrechnung: Produktegruppen-Globalbudget / Saldo				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
036.	Antrag Stadtrat			1 200 000	-4 284 900 Minderheit -3 084 900 Mehrheit	Shaibal Roy (GLP) Referent, Walter Angst (AL) Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Severin Pflüger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP) Enthaltung Susanne Brunner (SVP), Johann Widmer (SVP)

K e n n t n i s n a h m e n

Es liegen keine Kenntnisaufnahmen vor.

Nächste Sitzung: 11. Dezember 2020, 14 Uhr.